D 20493 E

DER PARITÄTISCHE

01 | 2014

Wohnen für alle!

Paritätische Projekte & politische Positionen

Nachrichten | Berichte | Reportagen

Inhalt

Foto: Bernd Schüler

Foto: ADH | Zanettini

Foto: Tiergarten Nürnberg

Editorial 3

Thema

Wohnen für alle!
Paritätische Projekte und politische Positionen

Den ganzen Menschen im Blick 4
Es fehlt Wohnraum für 45.000 Studierende 6
Kreative Zimmersuche 7
Energieeffizienz ist mit sozialer Balance vereinbar 9
„Wohnen ist ein Menschenrecht“ 10
Man muss miteinander reden und Konflikte lösen können 12
So bleibt die Wohnung ein sicheres Zuhause 14
Frischer Wind fürs Dorf 16
„Ein ziemlich einzigartiges Modell“ 18

Verbandsrundschau
Hänsel und Gretel gehen per Post auf die Reise 20
Vorbildliche Kooperation mit der Selbsthilfe 20
Taifun auf den Philippinen: ADH bringt schnelle Hilfe 21
Beriebliches Gesundheitsmanagement in kleinen Einrichtungen 21
Sozialpreis für bemerkenswerte journalistische Werke 21

Sozialpolitik
Familien brauchen sichere Perspektiven 22
Konzept gegen Altersarmut: Alles aus einer Hand 22
Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe 24
„Erster Schritt, aber nicht letztes Wort“ 26
Wichtiges Angebot zur Integration von Migrantinnen in Existenz bedroht 28
Frauenhäuser brauchen Sicherheit 28

Forum
ausgezeichnet … 29
Verantwortung für die Kinder von Inhaftierten 29
Neue Spendenforumulare 29
„Soziale Kultur ist ein kreativer Prozess“ 30
Erster inklusiver Popsong auch als Videoclip 31
Der Tiergarten Nürnberg wird zum Vorbild in Sachen Inklusion 32
Bundesweites Hilfetelefon für Menschen mit Messie-Syndrom 33
Nachweis von Vorsorgemaßnahmen ist kostenfrei 33

hören & sehen 34
Buchempfehlung | Impressum 35
was · wann · wo 36

Liebe Leserinnen und Leser,

Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

die Zahl wohnungsloser Menschen wird in keiner amtlichen Statistik erfasst. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzt, dass knapp 300.000 Menschen – darunter mehr als 30.000 Kinder und Jugendliche – in Deutschland keine Wohnung haben und circa 25.000 ohne jede feste Unterkunft auf der Straße leben. Tendenz steigend. Aber auch jenseits dieser Gruppe mit ihrem meist komplexen Unterstützungsbedarf gibt es immer mehr Menschen in Deutschland, für die bezahlbarer Wohnraum ein ernstes Problem wird, und immer mehr Projekte, die keine erschwinglichen Räume finden, um ihre am Gemeinwohl orientierte Arbeit leisten zu können.

Die Entwicklung auf den Wohnungsmärkten ist – mit großen regionalen Unterschieden – in der Tat besorgniserregend: Während vor allem in Großstädten und Ballungsgebieten hoher Nachfragedruck und massive Mietsteigerungen zu beobachten sind, zeigen sich besonders in strukturschwachen Gegenden die Problem großer Leerstände und aussterbender Wohnquartiere als Folge der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung. Gleichzeitig laufen Prozesse der sozialen Entmischung: Ärmere Familien und besonders solche, die von Grundsicherungsleistungen leben, werden an die Stadtränder verdrängt, in den attraktiven Bezirken haben sie keine Chance mehr; dort entstehen zunehmend Ghettos des Wohlstands – „gated communities“.

Vor allem in den Großstädten sind die steigenden Mieten das Hauptproblem. So sind die Mieten in Berlin zwischen 2007 und 2012 um immerhin 26 Prozent gestiegen. In München betrugen die Mietsteigerungen – bei erheblich höherem Ausgangsniveau – in diesem Zeitraum 15 Prozent, in Hamburg 22 Prozent. Diese Entwicklung erhöht den Druck besonders auf die Haushalte, die ohnehin Probleme haben, sich mit Wohnraum zu versorgen. Dieser gilt ungefähr dann noch als „bezahlbar“, wenn ein Haushalt nicht mehr als 30 Prozent seines Nettoeinkommens für die Wohnkosten aufbringen muss. Viele Haushalte in Ballungsgebieten mit angespannter Mietsituation müssen daher ihr gewohntes Umfeld verlassen und verlieren häufig auch ihre sozialen Kontakte. Das wichtigste Instrument der Politik zum Gegensteuern ist der Soziale Wohnungsbau. Der Paritätische Gesamtverband hat vor der Bundestagswahl 2013 darauf hingewiesen, dass jährlich 4,5 Milliarden Euro öffentliche Investitionen nötig sind, um den weiteren Schwund von 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr auch nur zu stoppen. Leider enthält der Koalitionsvertrag dazu keine befriedigenden Aussagen.

Die Segregation hat weitere unerwünschte Effekte. Unter den Gesichtspunkten Lebensqualität, Vertrauen, soziale Mobilität etc. wirkt sich das „bunte“ Stadtviertel mit Reichen und Armen, Privilegierten und Benachteiligten, Migranten und Deutschen, Alten und Jungen am besten auf das Zusammenleben aller Einwohner aus. Je weniger vielfältig die Einwohnerstruktur eines Stadtviertels wird, desto mehr Folgeprobleme wie Kriminalität, Abschottung oder Verwahrlosung lassen sich erkennen. Daher ist es neben dem Versuch, heterogene also bunte Stadtviertel zu erhalten, auch wichtig, besonders in den benachteiligten Stadtvierteln durch die Gestaltung des Wohnumfeldes, zum Beispiel durch Sozialarbeit, positiv auf das Zusammenleben einzuwirken. Besonders geeignet dafür ist das Programm Soziale Stadt mit partizipativem Quartiersmanagement. In diesem Bereich sind viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen aktiv. Der Koalitionsvertrag lässt auch hier noch Wünsche offen.

Die Fragen, wie die soziale Segregation und ihre misslichen Folgen verhindert werden können, wie die soziale Infrastruktur einschließlich der öffentlichen Mobilität aufrechterhalten und – wieder – verbessert werden kann, wie wir in Zukunft in Städten und Dörfern zusammen leben wollen und können, wie der Öffnung der Schere zwischen reichen und armen Kommunen entgegengewirkt werden kann – diese Fragen haben bei Weitem noch nicht jenen Platz auf der Agenda der Politik gefunden, der ihnen – gemessen an der Lebensqualität der Bevölkerung – zukommt.

Diese Aufgabe ist desto besser zu bewältigen, je mehr wir uns schon heute gemeinsam mit den vielen in diesem Bereich tätigen Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft für das lebendige, bunte und freundliche Zusammenleben und seine materiellen Voraussetzungen einsetzen. An Gelegenheiten dazu mangelt es nicht.

Herzlich Ihr

Den ganzen Menschen im Blick

Der Berliner Verein Interkulturelle Wohnhilfen bietet vielfältige Unterstützung

Einst waren es unbeliebte Viertel, oft im Schatten der Mauer, in denen Migrantinnen und Migranten, die es nach Berlin zog, ein neues Zuhause fanden. Nun droht immer mehr von ihnen der Verlust der Wohnung. Kreuzberg ist „in“, Neukölln im Kommen. Investoren wollen Rendite sehen, zahlungskräftigere Interessenten verdrängen Mieter mit geringem Einkommen. Der gemeinnützige Verein Interkulturelle Wohnhilfen e. V. unterstützt insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund auf vielfältige Weise, ihre Wohnung zu behalten oder eine neue zu finden.

Ist das die richtige Etage? In dem ehemaligen Kreuzberger Umspannwerk müssen Besucher erst eine Anwaltskanzlei rechts und dann eine Praxis für Allgemeinmedizin links liegen lassen, um am Ende des Ganges beim Verein Interkulturelle Wohnhilfen anzukommen. „Tja“, erklärt Benita von Davier zur Begrüßung, „wir sind eben in einem Haus, in dem vielfältige Probleme bearbeitet werden.“

Damit hat die 58-jährige Sozialarbeiterin auch schon einen wichtigen Ansatz des Beratungs- und Begleitangebots angesprochen. Denn ihr und den drei Kolleginnen und Kollegen geht es nicht allein darum, bestehende oder drohende Wohnungslosigkeit zu verhindern. „Wir wollen und wir müssen uns auch um die Probleme kümmern, die dahinter liegen“, sagt Benita von Davier. „Der Blick auf den ganzen Menschen ist wichtig.“

Die meisten Klientinnen und Klienten sind vielfältig belastet, mit Krankheiten etwa, Gewalterfahrungen oder Drogenabhängigkeit, Arbeitslosigkeit oder Schulden. Und die Erfahrung aus über zehn Jahren Arbeit in der Wohnungslosenhilfe sagt der Beraterin: „Ändert sich daran etwas, gewinnen die Menschen wieder eine Perspektive für ihr Leben.“

Hilfesuchende aus ganz Berlin – zu 80 Prozent Zuwanderer aus der Türkei oder aus arabischen und afrikanischen Ländern – werden deshalb langfristig und intensiv begleitet, bei wöchentlichen Treffen, bis zu anderthalb Jahre lang. Aktuell Wohnungslose können in einer der Trägerwohnungen untergebracht werden. „Ihnen und allen anderen machen wir klar: Hier ist eine Anlaufstelle für alles, wir sind an ihrer Seite und sind Lotsen, sei es beim Jobcenter, bei der Ausländerbehörde oder bei der Drogenberatung“, sagt Kathrin Müller, eine der Kolleginnen Benita von Daviers. Für die meisten Menschen eine neue Erfahrung: endlich einen Ort zu haben, wo man sie nicht gleich wieder wegschickt, sondern sie verstehen will und ihnen auf Augenhöhe begegnet.

Beim Aufnahmegespräch geht es um ein Herantasten an den dringendsten

„Wir wollen und müssen uns auch um die Probleme kümmern, die hinter der Wohnungslosigkeit liegen.“

Benita von Davier vom Berliner Verein Interkulturelle Wohnhilfen e. V. – hier im Beratungsgespräch

Foto: Bernd Schüler

Hilfebedarf. Kaum jemand packt gleich alle Schwierigkeiten auf den Tisch. Das Eingeständnis etwa, Schulden zu haben, wäre für viele mit einer Ehrverletzung verbunden. So müssen die drei Beraterinnen und ihr männlicher Kollege erst Vertrauen aufbauen und – um es zu erlangen – kulturelle Sensibilität zeigen. Nicht zuletzt bedeutet das: Geduld haben.
Oft bringen die Menschen ungeöffnete Briefe mit. Ist ein gelber Umschlag darunter, heißt es: Sofort nachschauen, ob das Gericht eine Räumungsklage geschickt hat und ob eine Frist eingehalten werden muss. Manchmal fehlt auch wichtige Post, Mahnungen etwa, und es stellt sich heraus, sie wurden ungeöffnet weggeworfen. Für Benita von Davier ein Symptom der Überforderung: „Viele Leute sind bei all ihren Problemen so mit dem täglichen Organisieren ihres Lebens beschäftigt, dass sie die Bedeutung der Briefe gar nicht mehr angemessen einschätzen."

Neue Hausbesitzer wollen mehr Miete einnehmen

Ein Umstand, der weitreichende Folgen haben kann, denn der Berliner Wohnungsmarkt hat sich verändert. „Es ist härter geworden, sowohl eine Wohnung zu halten als auch eine neue zu finden", fasst die Leiterin der Wohnhilfe die Lage zusammen. Ein Grund ist: Viertel, in die vor einigen Jahrzehnten außer Migranten niemand ziehen wollte, sind inzwischen „angesagte" Kieze. Viele Häuser und Wohnungen – etwa in Kreuzberg oder Neukölln – haben neue Eigentümer, und die wollen mehr Geld mit ihren Immobilien verdienen. Mit neuen, finanzkräftigeren Mietern geht das leichter. So nutzt mancher Vermieter auch kleinere Fehler aus, um den alteingesessenen Bewohnern kündigen zu können. Viele Mieter hätten dies noch nicht realisiert. „Mancher glaubt, wenn er schon 40 Jahre dort gewohnt hat, dann würde er doch nicht wegen einer Kleinigkeit rausgeworfen", sagt die Sozialarbeiterin. Hier ist sie als Übersetzerin gefragt, als jemand, der die Perspektive der anderen Beteiligten vermittelt, etwa wenn auf Briefe nicht reagiert wird. Oder um darzustellen, dass es wichtig ist, die Miete zum Anfang des Monats zu überweisen – ganz gleich, wann man sein eigenes Geld bekommt.

Praktische Bildungsarbeit

So leisten die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter tagtäglich ganz praktisch Bildungsarbeit. Was ist der Unterschied zwischen einem Dauerauftrag und einer Einzugsermächtigung? Welche Ansprüche sind mit einem Schwerbehindertenausweis verbunden? Wann kann man Arbeitslosengeld II beantragen? Oft geht es auch schlicht darum, zu vermitteln, was in den Briefen steht und wie Behörden grundsätzlich funktionieren. „Einen Bescheid des Jobcenters zu durchblicken, das ist ja selbst für hier Geborene schwer", sagt Kathrin Müller. Wer ahnt schon, dass man die Mitteilung über die Aufnahme einer Arbeit nicht nur dem Arbeitsvermittler, sondern auch der Leistungsstelle zukommen lassen sollte? Kurzum: „Es ist vieles so unübersichtlich und verwirrend, dass sich die Betroffenen häufig verloren fühlen", so die Sozialarbeiterin.
„Dazu trägt auch bei, dass die Mieten sowohl im Altbau wie auch im Neubau in den letzten Jahren sehr gestiegen sind, in vielen Fällen die vom JobCenter genehmigte Miethöhe unterhalb der zu zahlenden Miete liegt und die betroffenen Mieter diese Differenz aus eigener Tasche zahlen müssen", sagt Benita von Davier. Das bedeute auch: Wenn die ersten Kinder ausziehen, muss der Rest der Familie oft ebenfalls die Wohnung verlassen, weil sie dann als zu groß und zu teuer gilt. Doch eine Alternative ist nicht leicht zu finden, erst recht nicht, wenn man im selben Kiez bleiben will. „Bitter für alle, die nochmals entwurzelt werden, irgendwo an den Stadtrand ziehen müssen und so ihr soziales Umfeld verlieren", sagt die Beraterin. „Deshalb versuchen wir, möglichst die Wohnung zu erhalten, bevor ein Umzug erwogen wird."

Das Blatt zum Guten wenden

Häufig gelingt es, das Blatt zum Guten zu wenden – wenn alle daran mitarbeiten. Vermieter, die vom Verein angesprochen werden, haben oft ein Einsehen und nehmen die Kündigung doch zurück. Bei Überprüfung der Bescheide der Behörden stellt sich manchmal heraus, dass noch Nachzahlungsansprüche bestehen, die dazu beitragen, die aufgelaufenen Mietrückstände zu reduzieren. Und die Klienten sind oft bereit, etwas in ihrem Leben zu ändern. Und sei es, dass sie einsehen, dass es nicht angesagt ist, dem angereisten Onkel Geld zu leihen, das man gerade selbst dringend braucht, um die Miete zu zahlen.
Vor den Erfolgserlebnissen liegen unendlicher Formularkram, Beharrlichkeit, Flexibilität und viele Fortbildungen, damit das Team stets auf dem Laufenden ist – zu den Themen Arbeitsmarkt über Mietrechtsänderungen, Arbeitslosengeld II bis hin zu psychiatrischen Erkrankungen. Ein Einsatz, der sich immer wieder lohnt und der oft weit mehr bewirkt als „nur" den Erhalt der Wohnung – zum Beispiel für Yasemin (Name geändert), eine junge Muslima: Schwerkrank von ihrem Mann verlassen und wohnungslos geworden, hat sie mit Hilfe des Vereins ein neues Zuhause und eine berufliche Perspektive gefunden. Gesundheitlich wieder stabilisiert, arbeitet sie jetzt als Fahrlehrerin.

Bernd Schüler

Interkulturelle Wohnhilfen e. V.

In den 1980er Jahren, als Berlin-Kreuzberg Sanierungsgebiet war, aus einer Betroffenen-Initiative hervorgegangen bietet der Verein mit einem interkulturellen Team Mieterberatung – auch auf Türkisch, Englisch und Französisch. Seit einigen Jahren widmet man sich dem Problem (drohender) Wohnungslosigkeit. Aktuell für 24 Personen erbringt der Träger Hilfen in besonderen Lebenslagen nach Paragraf 67 ff, SGB XII, finanziert durch das jeweilige Bezirksamt. Rechtsgrundlage ist ein Rahmenvertrag mit dem Berliner Senat.
Interkulturelle Wohnhilfen e. V.
Mariannenstr. 9-10, 10999 Berlin,
Tel.: 030/30608068,
E-Mail: v.davier@interkulturellewohnhilfen.de
www.interkulturellewohnhilfen.de

Die Zahl der Studierenden ist in den vergangenen zehn Jahren um ein Viertel gestiegen, die Zahl der staatlich geförderten Wohnheimplätze indes nur um magere drei Prozent. Eine bezahlbare Bleibe zu finden, ist gerade für Studienbeginnerinnen und -beginner mehr als schwer. Das Deutsche Studentenwerk, in dem bundesweit 58 Studentenwerke organisiert sind, fordert ein mit öffentlichen Mitteln finanziertes Bauprogramm: 45.000 zusätzliche, preisgünstige Wohnheimplätze müssten bis 2017 geschaffen werden. Zugleich lassen die Studentenwerke nichts unversucht, auf kreativen Wegen preiswerten Wohnraum für Studierende zu erschließen.

Es fehlt Wohnraum für 45.000 Studierende

Die Wohnungsmisere der Studierenden kann nach Überzeugung des Deutschen Studentenwerks (DSW) nur durch ein von der öffentlichen Hand massiv gefördertes Bauprogramm für Wohnheime gemildert werden. DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde: „In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Studierenden um 25 Prozent gestiegen, die Zahl der öffentlich geförderten Wohnheimplätze lediglich um drei Prozent.“

Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks Foto: DSW

Nach Angaben des DSW stehen derzeit 230.000 solcher Plätze zur Verfügung, 184.000 davon in Regie der 58 Studentenwerke, die dem DSW angehören.

Mehr ausländische Studierende

Das DSW hat einen Mindestbedarf von 45.000 neuen Plätzen ausgerechnet. Denn der Andrang bei Universitäten und Fachhochschulen werde sich bis Anfang des nächsten Jahrzehnts fortsetzen. Dazu trägt nach Aussage des Generalsekretärs auch der Entschluss der Wissenschaftsminister von Bund und Ländern bei, die Zahl der ausländischen Studierenden bis zum Jahr 2020 auf 350.000 zu erhöhen. Studierende aus dem Ausland sind Achim Meyer auf der Heyde zufolge die größte Klientel der Studentenwerke. Denn im Vergleich zu ihren hiesigen Kommilitoninnen und Kommilitonen stünden sie in der Regel finanziell schlechter da und würden von privaten Vermietern aufgrund ihrer Herkunft zudem häufig abgelehnt. Das DSW geht davon aus, dass ein Bauprogramm für 45.000 Wohnheimplätze ein Investitionsvolumen von 2,7 Milliarden Euro hat, zu dem Bund und Länder 1,44 Milliarden beisteuern sollen.

Weniger als 670 Euro monatlich

„Wir brauchen einen Zuschuss von mindestens 40 Prozent, um in unseren Studentenwohnheimen Warmmieten von 220 bis 240 Euro pro Platz anbieten zu können“, erklärt der DSW-Generalsekretär, der auch Vorstandsmitglied des Paritätischen Gesamtverbands ist. Die Miete müsse auch für die 25 Prozent der Studierenden bezahlbar sein, die weniger als 670 Euro im Monat zur Verfügung hätten.

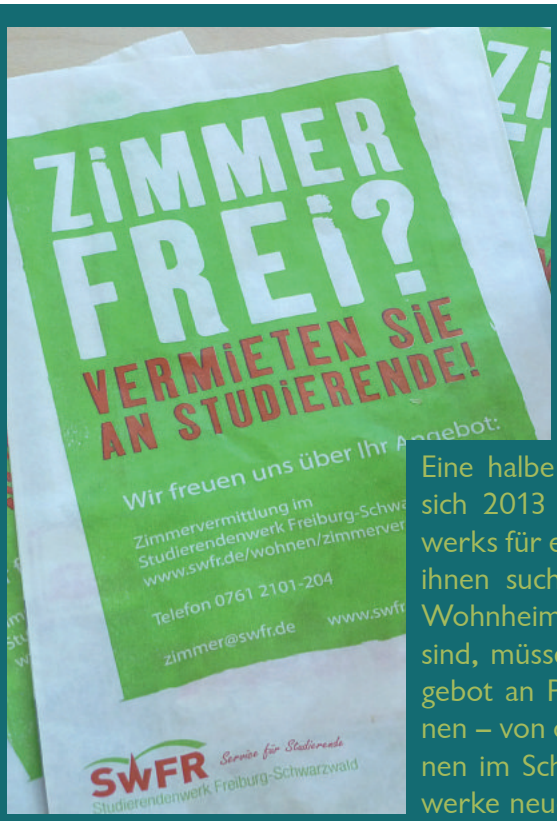
Achim Meyer auf der Heyde ist „verhalten optimistisch“, dass dieses Programm realisiert werden kann, weil der Bund mittlerweile neu die Hochschul-Grundfinanzierung mittragen wolle. Dazu aber gehört nach Auffassung des DSW auch die Versorgung mit Wohnheimplätzen. „Die Länder allein schaffen das nicht“, betont der Generalsekretär.

Sozialpolitische Aspekte

Die Forderungen des Deutschen Studentenwerks haben außer der bildungspolitischen auch eine sozialpolitische Komponente, wie Achim Meyer auf der Heyde deutlich macht: Die Verwirklichung des Bauprogramms nehme Druck aus den Wohnungsmärkten, vor allem in den Ballungsgebieten. Es schaffe einkommensschwachen Familien Luft, mit denen die Studierenden derzeit um den preiswerten Wohnraum konkurrierten. Bernd Kleiner

Kontakt

Deutsches Studentenwerk, Berlin
Tel.: 030/29772710
E-Mail: dsw@studentenwerke.de
www.studentenwerke.de



Fotos: www.specialmachine.de | Eva Judkins, Studentenwerk Freiburg-Schwarzwald

Kreative Zimmersuche

Eine halbe Million junger Frauen und Männer haben sich 2013 nach Angaben des Deutschen Studentenwerks für ein Studium eingeschrieben. Die meisten von ihnen suchen eine preiswerte Unterkunft. Weil die Wohnheime für Studierende ruckzuck ausgebucht sind, müssen die „Erstsemester“ um das knappe Angebot an Privatzimmern rangeln. Mit pfiffigen Aktionen – von der bedruckten Brötchentüte bis zum Wohnen im Schaufenster – versuchen örtliche Studentenwerke neue Vermieter zu gewinnen. >>

Anzeige

Office-Lösungen

brother®
at your side

EFFIZIENZ
at your side

Brother Office-Lösungen überzeugen
mit Effizienz und intelligenter Funktionalität.
Vom Beschriftungssystem bis zum High-End Laser-MFC.

3 JAHRE GARANTIE

Nutzen Sie die Rahmenvereinbarungen mit Brother Top-Konditionen!

Mehr Infos unter www.brother.de

Foto: Studierendenwerk Freiburg-Schwarzwaldwald

Per Werbung auf der Straßenbahn suchte das Studierendenwerk Freiburg-Schwarzwald nach Wohnraum.

Das Semester an der Uni Siegen hatte noch nicht angefangen, da waren schon alle Wohnheimplätze vergeben. Was tun? „Jugendherbergen und ähnliche Ausweichquartiere haben wir nicht“, sagt Detlef Rujanski, Geschäftsführer des Siegener Studentenwerks. Wie also die als eher zurückhaltend geltenden Siegerländer zum Vermieten bewegen? Das Studentenwerk startete mit der Uni, der Stadt Siegen, dem Kreis Siegen-Wittgenstein und den regionalen Medien eine Kampagne unter dem Motto: „Jeder Quadratmeter zählt!“ „Wir wollten erst einmal nur Fläche einsammeln, mehr nicht“, so Detlef Rujanski, also die Leute ohne zu viele Vorgaben überhaupt auf die Idee bringen, ein leerstehendes Zimmer an Studierende zu vermieten. Die Botschaft fruchtete: Über die Sommermonate kamen insgesamt 25.000 Quadratmeter Wohnfläche zusammen. Aus diesem „Vorrat“ erwuchsen 240 vermietete Zimmer. Was Detlef Rujanski besonders freut: Von dem Angebot profitierten auch ausländische Studierende.

Die Passanten in der Karlsruher Fußgängerzone staunten nicht schlecht: Von einem Tag auf den anderen hatte sich das Schaufenster eines großen Schreibwarengeschäfts in eine signalgelbe Studentenbude verwandelt – Bewohner und Bewohnerinnen inklusive. Eine Woche lang saßen Studierende am Schreibtisch, arbeiteten mit dem Laptop, diskutierten oder legten sich zur Ruhe ins Bett, stets beäugt von Publikum. Das gläserne Zimmer war der spektakulärste Teil der Aktion „Dach gesucht“, die das Studentenwerk Karlsruhe gemeinsam mit dem Stadtmarketing 2012 gestartet hatte. Dazu gehörte unter anderem auch ein Speeddating für Studierende und Vermieter zum gegenseitigen Beschnuppern. „Man muss den Leuten die Angst vor Studierenden als Mieter nehmen“, sagt Thomas Mosthaf, Leiter Kommunikation des Studentenwerks. Im Verlauf des Aktionssommers schwoll das Zimmerangebot im Vergleich zum Vorjahr um fast 100 Prozent auf mehr als 1.800 an.

Flashmobs werden von Studentenwerken gern als Instrument genutzt, um auf die angespannte Wohnungssituation aufmerksam zu machen. So auch in Konstanz, als junge Frauen und Männer mit weißen Matratzen, Kissen und Schlafbrillen die Marktstätte im Stadtzentrum zum Schlafsaal verwandelten. Aufdrucke auf den Utensilien nannten den Grund für das kollektive Hinlegen: „Bildung sucht Raum“. Unter dieser Überschrift hatte Seezeit, das Studentenwerk Bodensee, gemeinsam mit Repräsentanten aus Rathaus und Parlament bereits 2012 potenzielle Vermieter aufgerufen, Zimmer zur Verfügung zustellen. Seezeit setzte bei der Kampagne auch auf Anzeigen, wie Corinna Voigt, zuständig für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, berichtet. In diesem Jahr ließ das Studentenwerk Memosticks mit der Aufschrift „Student sucht Zimmer“ auf Tageszeitungen kleben. Binnen vier Wochen kamen 200 zusätzliche Zimmerangebote zusammen, ein Jahr vorher waren es 150. Auf der Homepage zu „Bildung sucht Raum“ listet Seezeit überdies Argumente auf, die für ein Vermieten an Studierende sprechen, und gibt gleichzeitig Vermietern die Möglichkeit, Erfahrungsberichte einzustellen.

Ab in den Karton! Diese Aufforderung nahmen Studierende in Köln wörtlich und stellten sich eine Woche nach Karneval vor dem Haupteingang der Universität in Pappkisten. Plakate mit der Frage „Zimmer frei?“ verrieten, worum es bei der Aktion ging. Sie markierte den Auftakt der Initiative „Mein Zuhause in Köln“, getragen vom Studentenwerk, der Stadt und den sechs Hochschulen in Köln. Die Ankündigung der stadtweit plakatierten Werbekampagne fand enormes

Echo. „Wir hatten so etwas wie einen Medienhype“, berichtet Cornelia Gerecke, Leiterin der Stabsstelle Presse, Kommunikation & Marketing beim Studentenwerk Köln. Die Resonanz fiel entsprechend aus: Von Februar bis Dezember 2013 gingen dreimal so viele Zimmerangebote wie im Jahr zuvor ein: 1.567. Die Initiative hatte die Flamme im Herbst noch einmal entfacht: Nach der Karton-Aktion hieß es: „Ab ins Schaufenster!“ Vier Studierende übernachteten in der Stadtbibliothek. Zur begleitenden Pressekonferenz begrüßten die Veranstalter außerdem einen Vermieter, der gleich zwei Studierenden ein neues Zuhause verschafft hatte.

Die Botschaft kam leicht knisternd daher: Beim Öffnen der Brötchentüte entfaltete sich die Aufschrift „Zimmer frei? Vermieten Sie an Studierende“. 100.000 Mal gingen solche Tüten vergangenen Sommer in Freiburg über die Bäckertheke. So transportierte das Studierendenwerk Freiburg-Schwarzwald seine Aufforderung in viele Häuser. Auch in Freiburg müsse man etwas tun, um Privatleute, vor allem ältere Menschen, „für den Markt zu aktivieren“, so die stellvertretende Geschäftsführerin des Studierendenwerks, Renate Heyberger. Die Werbung für günstige Studierendenzimmer war über die Brötchentüten hinaus im ganzen Stadtbild präsent: Freiburgs Oberbürgermeister, der Rektor der Universität und die baden-württembergische Wissenschaftsministerin appellierten von Plakaten aus an die Bevölkerung. Die Bitte um Zimmer hing in Straßenbahnen und Bussen aus, und sechs Wochen lang pendelte ein mit der Botschaft beklebter Tramwagen durch die Stadt. Derart angesprochen, meldeten sich zahlreiche Freiburger beim Studierendenwerk: „500 bis 600 Zimmerangebote zusätzlich“, schätzt Renate Heyberger.

Studierende ziehen bei Menschen ein, die im Alltag der Unterstützung bedürfen. Sie greifen ihnen unter die Arme und bekommen im Gegenzug einen spürbaren Nachlass bei der Miete. Das ist die Basis des Projekts „Wohnen für Hilfe“, an dem sich laut Deutschem Studentenwerk bundesweit 20 Studentenwerke beteiligen. Meist in Kooperation mit einer sozialen Organisation am Ort, bringen die Studentenwerke Zimmer- und Hilfesuchende zusammen. Ob Gartenarbeit für Senioren, Kinderbetreuung in jungen Familien oder Einkaufsdienste für Menschen mit Behinderung – das Hilfespektrum ist vielfältig. Bernd Kleiner

Energieeffizienz ist mit sozialer Balance vereinbar

„Wir fordern eine Energiewende, die keinen zurücklässt“, sagte Christian Woltering, Grundsatzpolitischer Referent des Paritätischen Gesamtverbands, bei einer Kundgebung der Verbände in Berlin. „Die Sozialverbände wollen die Energiewende. Wir warnen aber vor einer sozialen Spaltung, wenn energiepolitische Maßnahmen nicht auch sozialpolitisch flankiert werden.“ Wenn mehr als 300.000 Haushalten pro Jahr der Strom abgestellt werde, weil sie sich diesen nicht mehr leisten könnten, während es für die Industrie massive Vergünstigungen gebe, sei etwas faul im System.

Die Verbände fordern unter anderem: Leistungen wie das Arbeitslosengeld II, Wohngeld, die Grundsicherung im Alter oder die Sozialhilfe müssen steigende Energiekosten künftig berücksichtigen. Es bedarf der Einführung einer Energiekostenkomponente im Wohngeld. Nach Abschaffung der Heizkostenkomponente 2011 wird zurzeit nur eine Kaltmiete bei der Berechnung des Wohngeldes zugrunde gelegt. Richtigerweise müssten im gesetzlichen Zuschuss zum Wohnen aber auch Heizkosten und Stromkosten berücksichtigt werden.

Gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie weiteren Umwelt-, Wohlfahrts- und Sozialverbänden hat der Paritätische Gesamtverband eine „Charta zur sozial gerechten Energiewende“ verfasst. Darin machen sich die Verbände unter anderem für eine gerechtere Verteilung der Kosten der Energiewende und begleitende Maßnahmen für einkommensschwache Haushalte stark.

Energieschulden sollten in der Grundsicherung nicht nur als Darlehen, sondern auch als Zuschuss übernommen werden können. Derartige Hilfen müssen über den Kreis der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung hinaus auch weiteren armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden.

Die im Rahmen einer energetischen Gebäudesanierung gestiegenen Kaltmieten müssen im Rahmen angepasster Angemessenheitsgrenzen durch die Leistungsträger übernommen werden.

Die Vorteile von energetischer Modernisierung sollen warmmietenneutral den Mietern zukommen. Die Kosten energetischer Modernisierung sollten entsprechend ihren Vorteilen zu je einem Drittel durch Vermieter, Staat/KfW-Förderung und Mieter getragen werden.

Maßstab für eine Kostenbeteiligung von Mietern an der Gebäudesanierung in Form von höheren Mieten muss die tatsächliche Energieersparnis beziehungsweise Absenkung der Nebenkosten für sie sein. Mieter dürfen nicht in die Situation geraten, dass sie aufgrund zu stark gestiegener Mieten durch Sanierungsmaßnahmen übermäßig belastet werden oder sogar ihre Wohnung aufgeben müssen. Ziel sollte eine möglichst warmmietenneutrale Sanierung sein.

Unterzeichner der Charta sind der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Paritätischer Gesamtverband, Nationale Armutskonferenz, Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Volkssolidarität, Deutscher Naturschutzring, Naturfreunde und Deutsche Umwelthilfe.

Das Interview

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) rechnet damit, dass die Wohnungslosigkeit in Deutschland weiter rasant wächst: Bis 2016 werde die Zahl der Menschen ohne sicheres Dach über dem Kopf um 30 Prozent auf rund 380.000 Betroffene steigen. 2012 waren rund 284.000 Menschen ohne Wohnung – gegenüber 2010 bereits ein Anstieg um 15 Prozent. Angesichts dieses besorgniserregenden Trends hält der Geschäftsführer der BAG W, Dr. Thomas Specht, eine „Nationale Strategie zur Überwindung von Wohnungsnot und Armut" für dringend notwendig. Bund, Länder und Kommunen müssten dabei an einem Strang ziehen.

„Wohnen ist ein Menschenrecht"

Herr Specht, was sind aus Ihrer Sicht die Hauptgründe dafür, dass immer mehr Menschen ihre Wohnung verlieren?

Dr. Thomas Specht: Ein ganz wesentlicher Grund ist natürlich erst einmal die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Ein knapper Wohnungsmarkt erzeugt regelmäßig höhere Wohnungslosenzahlen als ein entspannter. Wir hatten bereits in den 1990er Jahren eine sehr kritische Lage, seit 2008 bewegen wir uns wieder darauf zu. Das hat diverse Gründe. Einer davon ist, dass wir trotz sinkender Bevölkerungszahlen ein Wachstum an Haushalten haben, besonders bei Ein-Personen-Haushalten, deren Einkommen oft unter dem Durchschnitt liegt.

Woraus resultiert das?

Wir haben in praktisch allen Lebensphasen einen verstärkten Trend zur Versingelung. Die Ausbildungszeiten junger Leute sind länger geworden, die Menschen müssen aus beruflichen Gründen immer mobiler sein, die Scheidungsraten sind sehr hoch, und auch im Alter leben zunehmend mehr Menschen allein. Wenn in den vergangen Jahren aber überhaupt gebaut wurde, dann schwerpunktmäßig größere Wohnungen für Besserverdienende. Die Folge des Ungleichgewichts von Angebot und Nachfrage ist, dass die Mieten insbesondere in den Ballungsgebieten enorm anziehen. Gleichzeitig geht aber auch die Schere zwischen den unteren und den oberen Einkommensgruppen weiter auseinander. Menschen mit geringem Einkommen haben beim Verteilungskampf auf dem freien Wohnungsmarkt immer schlechtere Karten. Und wenn dann noch andere Probleme hinzu kommen wie etwa Sucht, psychische Erkrankungen oder Gewalt in der Beziehung, ist die Gefahr sehr hoch, in die Obdachlosigkeit abzurutschen. Nach unseren Schätzungen leben derzeit in Deutschland circa 24.000 Wohnungslose ganz ohne Unterkunft auf der Straße. Aber ehe ich dazu mehr sage, würde ich gerne erstmal noch auf einen anderen Aspekt eingehen: den schrumpfenden Bestand an sozial gebundenen Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen.

Sicher haben Sie dazu auch Zahlen …

Jedes Jahr läuft bundesweit bei rund 100.000 Mietwohnungen die Sozialbindung aus. Neu gebaut werden aber nur rund 30.000 pro Jahr. Es gab sogar Zeiten, in denen es nicht einmal 20.000 Wohnungen jährlich waren. Außerdem haben viele Kommunen ihren Bestand an günstigen Wohnungen an private Unternehmen verkauft, die darin attraktive Spekulationsobjekte sehen. Das ist eine Fehlentwicklung, der wir dringend entgegensteuern müssen. Wir brauchen sowohl eine konsequente Politik gegen Armut als auch einen grundlegenden Wandel in der Wohnungspolitik. Es fehlen mindestens vier Millionen Sozialwohnungen in ganz Deutschland. Die Bundesländer müssen deshalb durch eine aktive Wohnungsbaupolitik gemeinsam mit den Kommunen bezahlbaren Wohnraum für alle sichern. Mit gezielten Programmen des Bundes, die beispielsweise über die Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert werden könnten, muss vor allem der Neubau von Sozialwohnungen in Regionen mit besonderer Wohnungsnot forciert werden. Außerdem muss der Verkauf landeseigener und kommunaler Wohnungsunternehmen gestoppt werden. Und man sollte darüber hinaus prüfen, wie die Chancen sind, ehemals landeseigene Wohnungsbestände zurückzukaufen. Denn nur wenn die öffentliche Hand über ein nennenswertes Kontingent an günstigen Wohnungen verfügt, kann sie die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt beeinflussen.

Die BAG W hat sich ja auch für eine Mietpreisbremse stark gemacht …

Ja, und zwar sowohl für Wohnungen, die neu vermietet werden, als auch bei Wiedervermietungen. Eine solche Mietpreisbremse soll den Anstieg von Neu- und Wiedervermietungsmieten bei zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete deckeln. Aber sie ist aus

Zur Person

Der Soziologe Dr. Thomas Specht engagiert sich seit 1977 in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, deren Geschäftsführer er seit 2003 ist. Zugleich ist der 63-Jährige Fachreferent der BAG W für Sozialrecht, Arbeitsmarktförderung und Grundsatzfragen der Wohnungslosenhilfe.

unserer Sicht nur ein Notnagel, weil sie mittelfristig wahrscheinlich eher ein Investitionshindernis ist. Aber kurzfristig bleibt uns nichts anderes übrig.

Für viele Menschen mit schmalem Budget sind nicht nur die Grundmieten ein Problem. Verschärfend kommt hinzu, dass die Kosten für Heizung, warmes Wasser, Strom und Gas enorm steigen.

Wir fordern darum auch, dass ebenso wie die Stromkosten auch die Heizkosten bei Beziehern von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe übernommen werden. Und dass gestiegene Heizkosten auch beim Wohngeld berücksichtigt werden. Es müssen aus unserer Sicht zusätzlich aber auch Förderprogramme geschaffen werden, die die Folgen der energetischen Sanierung für einkommensarme Mieter auffangen. Wenn die Fassade gedämmt wird und die Fenster erneuert werden, bedeutet das für immer mehr Mieter, dass sie sich wegen der Umlegung der Kosten die Wohnung schon bald nicht mehr leisten können.

Häufig verlieren Menschen wegen Mietschulden ihre Wohnung …

Wir fordern, das Sozialgesetzbuch II so zu ändern, dass eine Mietschuldenübernahme auch als Beihilfe möglich ist. So können Wohnungsverluste gezielt verhindert werden. Wichtig ist außerdem die Einrichtung kommunaler Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten. Es gibt Kommunen – wie beispielsweise Hamburg, Bielefeld und Karlsruhe – die hier bereits sehr erfolgreiche Konzepte haben. Unsere Erfahrungen zeigen, dass bei einer besseren Zusammenarbeit der Kommunen mit Trägern der Wohnungslosenhilfe durch individuelle Unterstützung viele Menschen vor dem Verlust ihrer Wohnung bewahrt werden können.
Wohnungslosigkeit ist ja oft zugleich Symptom und Ursache sozialer Notlagen. Wer erst einmal wohnungslos ist, hat es sehr schwer, überhaupt wieder eine Wohnung zu bekommen. Und daraus resultiert eine massive Ausgrenzung in vielen Lebensbereichen: beim Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Gesundheitsversorgung, zur Bildung. Und die Notunterkünfte in vielen Kommunen erfüllen aus unserer Sicht häufig nicht einmal die Mindestanforderungen an eine menschenwürdige Unterbringung. Auch hier muss sich dringend etwas tun.

Zunehmend sind auch junge Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen. Was sagen Sie zu diesem Problem?

Der Anteil der unter 25-jährigen wohnungslosen Frauen und Männer ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Er liegt derzeit bei rund 20 Prozent. Mitverantwortlich dafür sind Regelungen der sogenannten Hartz-IV-Gesetzgebung, insbesondere die Kürzung oder Streichung bei den Unterkunftskosten, die verhängt werden, wenn junge Erwachsene von der Arbeitsagentur oder dem Jobcenter verordnete Maßnahmen nicht befolgen. Diese Sanktionen müssen sofort abgeschafft werden. Es verstößt zum einen gegen das Diskriminierungsverbot, Menschen wegen ihres Alters anders zu behandeln. Und es ist aus unserer Sicht nicht mit der Verfassung vereinbar, Leistungen zu kürzen, die zur Existenzgrundlage gehören.

Die Fragen stellte Ulrike Bauer

BAG Wohnungslosenhilfe e. V.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. ist Dachverband von rund 190 sozialen Trägern mit circa 700 Mitgliedsorganisationen, die sich hauptsächlich im Bereich der Hilfen für Wohnungslose engagieren, zum Teil aber auch in der Suchtkranken- und Straffälligenhilfe aktiv sind. Auch einige Kommunen wie Karlsruhe und Hamburg sind Mitglieder der BAG W. Im Herbst 2013 ist die BAG W mit ihrer Geschäftsstelle von Bielefeld nach Berlin gezogen.
Gegründet wurde die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 1954 unter dem Namen Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenhilfe. Da die BAG Wohnungslosigkeit jedoch als ein soziales Problem begreift, änderte sie 1991 ihren Namen, um sich vom alten Begriff der Nichtsesshaftigkeit abzugrenzen, der den Wohnungsverlust hauptsächlich auf persönliche Defizite zurückgeführt hat. Zugleich verstärkte sie auch ihr Engagement in sozialpolitischen Fragen.

Bundesarbeitsgemeinschaft
Wohnungslosenhilfe e. V.
Boyenstraße 42
10115 Berlin
Tel.: 030/28445370
E-Mail: info@bagw.de
www.bagw.de

In ganz Deutschland entstehen immer mehr gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnprojekte. Nordbayern war lange ein weißer Fleck auf der Karte neuer Wohnformen. Der Nürnberger Verein „Der Hof“ will diesen Fleck mit Farbe füllen. Er unterhält keine eigenen Wohnprojekte, sondern hilft anderen, ihre Projekte zu verwirklichen. Sein Beispiel zeigt: Engagement für Wohnprojekte braucht einen langen Atem.

Man muss miteinander reden und Konlikte lösen können

Mehrere Generationen, Frauen, Männer, Menschen mit und ohne Behinderung – gemeinschaftliches Wohnen bezieht alle ein, wie hier künftige Bewohner des WIN-Hauses.

Gemeinsam zu leben und zu wohnen, davon träumen viele – Singles, Familien, junge und ältere Leute. In Nürnberg haben sie eine Anlaufstelle: An jedem ersten Dienstag im Monat lädt der Verein „Der Hof – Wohnprojekte Alt und Jung“ zu einem kostenlosen Informationstreffen. „Viele kommen nur einmal und merken, das ist doch nichts für sie, andere kommen und kehren eines Tages mit sehr genauen Vorstellungen zurück und wollen weitere Begleitung“, erzählt Vereinsvorsitzende Angelika Majchrzak-Rummel. Ihnen hilft der Verein dann mit Beratung, Fachvorträgen und Seminaren weiter, etwa zu möglichen Rechtsformen gemeinsamen Wohnens, zur Organisation der Gruppenbildung oder zum Umgang mit Konflikten. Zusätzlich können Mitglieder ihre Vorhaben auf der Homepage des Vereins präsentieren und nach „Mitmachern“ und Mitbewohnern suchen oder ein Gesuch veröffentlichen.

WIN – Wohnen und Integration im Quartier

Bei einem Wohnprojekt, das „Der Hof“ begleitet, zogen vergangenen Herbst die ersten Mieter ein. Damit wird eine Vision Wirklichkeit, die der Verein WIN – „Wohnen und Integration im Quartier“ vor rund fünf Jahren entwickelte. Er beschloss, generationenübergreifendes gemeinschaftliches Wohnen zu ermöglichen und zwar auch für Menschen mit wenig Geld. 2009 stellte er dafür die Architektin Monika Krannich-Pöhler als Projektleiterin an. Sie suchte ein geeignetes Grundstück und informierte sich bundesweit nach passenden Vorbildern. Schließlich kristallisierte sich heraus: Die beiden bei Baugemeinschaften vorherrschenden Rechtsformen – Gesellschaft bürgerlichen Rechts beziehungsweise Genossenschaft – passen nicht zum Vereinsvorhaben. Denn beide bedingen finanzielle Belastungen, die mögliche Bewohner eventuell ausschließen. Das aber widersprach dem Vereinsziel. Blieb die Möglichkeit, eine GmbH zu gründen, die WIN GmbH, und Mieter zu suchen, denen das Konzept zusagte. Denn nach dem Vereinswillen sollten die künftigen Mieter zwar eigenständig in den 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen leben, aber dennoch Haus und Garten in Gemeinschaft nutzen.

Projektleiterin Krannich-Pöhler startete ihre Mietersuche beim Infotreff des Vereins „Der Hof“. Erfolgreich. Die Mieter aller 62 Wohnungen stehen schon fest, obwohl viele ihre Wohnungen erst im Laufe dieses Jahres beziehen können. Viele der künftigen Mieter der WIN GmbH kamen über den Infotreff dazu, begleiten das Wohnprojekt teils schon seit zwei bis drei Jahren und machten sich durch Seminare des Vereins „Der Hof“ fit für ihr gemeinsames Leben. Sie besuchten zum Beispiel den „Starter Workshop“ des Vereins oder Veranstaltungen zur Gruppenbildung. „Auf solche Fortbildung zu Gruppenbildung, Kommunikationsstrategie und Konfliktbewältigung würde ich beim nächsten Bauvorhaben noch mehr Wert legen“, sagt Monika Krannich-Pöhler, die sich auch als Stadträtin für gemeinsame Wohnformen engagiert.

Viele Projekte scheitern in der Findungsphase

Tatsächlich scheitern viele Wohnprojekte schon in der Findungsphase an der Unfähigkeit, miteinander zu reden und Konflikte zu lösen. „Braucht eine Gruppe zu lange, um sich auf eine gemeinsame Vorstellung zu einigen, löst sie sich in der Regel wieder auf“, sagt Angelika Majchrzak-Rummel. Der Verein sah schon viele Projekte scheitern, rund sechs sind mit seiner Unterstützung wirklich zustande gekommen, weitere sechs werden momentan begleitet. In Zukunft könnten es allerdings erheblich mehr werden. Denn der Verein fand einen neuen Verbündeten. Zu einer Veranstaltung zur Nachbarschaftshilfe lud er 2012 auch den Wirtschaftsreferenten der Stadt Nürnberg, dem auch das Amt für Wohnen und Stadtentwicklung untersteht. Der Referent, damals noch relativ jung im Amt, begeisterte sich für die neuen Ideen und lud seinerseits den „Hof“ Anfang 2013 zu einem Kreativworkshop zum gemeinschaftlichen Wohnen ein. „Das war der Startschuss für eine Zusammenarbeit, die seither kontinuierlich läuft“, berichtet Majchrzak-Rummel, die dem Verein selbst erst seit drei Jahren vorsteht. Die Internetseite des Nürnberger Amtes für Wohnen und Stadtentwicklung wurde um die Rubrik „Gemeinschaftliche Wohnformen“ erweitert: Hier sind nun Projekte und Ansprechpartner zu finden. In einem Pilotprojekt wurde ein städtisches Grundstück für Baugruppen und Baugemeinschaften reserviert. Läuft dessen Vergabe erfolgreich, werden weitere Flächen für gemeinschaftliches Wohnen zur Verfügung gestellt. Ende 2013 luden Wirtschaftsreferat und „Der Hof“ zu einer gemeinsamen Fachveranstaltung, diesmal zur Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften, im Nürnberger Tagungssaal des Paritätischen.

Auf Augenhöhe mit der Kommune

„Wir können nicht aufholen, was uns andere Städte wie Hamburg, Berlin, München oder Tübingen voraushaben“, meint die Vereinsvorsitzende nüchtern, „doch jetzt endlich wird das Thema auch in Nordbayern erkannt.“ Als der Verein 1995 gegründet wurde, sahen sich die Gründerväter und -mütter häufig als „alternativ“ in die Ecke gestellt. Heute sprechen die Vereinsvertreterinnen und -vertreter auf Augenhöhe mit der Kommune und anderen Akteuren. „Dabei kommt uns auch unsere Mitgliedschaft im Paritätischen zugute“, ist die Vereinsvorsitzende überzeugt. Denn über den Dachverband kann sie sich leichter mit weiteren Akteuren vernetzen, die Quartiersmanagement gestalten. Und Vernetzung braucht der Verein unbedingt, um etwas zu bewirken. Denn die rund 50 Mitglieder, unter ihnen Einzelpersonen, aber auch Gruppen sowie die sieben Vorstände arbeiten rein ehrenamtlich und ohne jede öffentliche Unterstützung. Geschäftsstelle, Verwaltung, Organisation der Veranstaltungen, Beratung – alles unentgeltliche und freiwillige Leistungen. „Ich finde das Thema gesellschaftspolitisch wichtig“, begründet die Vorsitzende ihr Engagement. Gerade deswegen will sie sicherstellen, dass neue Wohnformen gesellschaftspolitisch die Stellung bekommen, die sie verdienen. Dafür muss sie in Diskussionen häufig auch klarstellen, was gemeinschaftliches und generationenübergreifendes Wohnen nicht ist, nämlich kein Modell für günstige Pflege in einer alternden Gesellschaft. Wohl aber eine schöne Möglichkeit, selbstbestimmt und zugleich nachbarschaftlich zu wohnen.

Gisela Haberer

Kontakt:
Der Hof – Wohnprojekte Alt und Jung e. V.
Marientorgraben 13
90402 Nürnberg
Tel.: mittwochs 10 bis 13 Uhr
0911/2110485
E-Mail: der-hof-ev@wohnprojekte.org
www.wohnprojekte.org

Das erste Haus der WIN GmbH

Das Team der Beratungsstelle: links Karin Dieckmann, rechts neben ihr Volker Grosinski.

So bleibt die Wohnung ein sicheres Zuhause

Manchmal reichen ein paar Haltegriffe, um mobil zu bleiben, manchmal muss ein Bad umgebaut werden, um Stürzen vorzubeugen. Der Hamburger Verein „Barrierefrei Leben" berät ältere und behinderte Menschen, die selbstständig wohnen und weiterhin bequem und angstfrei leben möchten. Seit mehr als 20 Jahren können Hamburger im Beratungszentrum eine Fülle von Lösungen selbst ausprobieren.

Natalia F. hatte Glück. Das erste Mal vor drei Jahren. Vorbei die Enge. Sie hatte endlich eine Vier-Zimmer-Wohnung für ihre Familie gefunden. Im Erdgeschoss. Das war ihr wichtig, denn ihre Tochter, damals fünf Jahre alt, ist schwerstbehindert. Sie sitzt im Rollstuhl, wenn sie unterwegs ist, und in einem Therapiestuhl, wenn sie zu Hause sind. Das war vorher kein Problem gewesen, denn das alte Wohnhaus hatte einen Aufzug. Erst nach dem Umzug wurde Natalia F. richtig klar, dass Erdgeschoss nicht gleichbedeutend mit ebenerdig ist. Fünf Stufen trennen ihre Wohnung vom Hauseingang. Und ihre Tochter wuchs und wurde schwerer.

Tag für Tag trug sie nun das Mädchen die Stufen hoch. Sie badete sie in einer Wanne, rutschte dabei auf ihren Knien und krümmte den Rücken, um sie herauszuheben. Auch dafür war Lara eigentlich zu schwer. So grübelte Natalia F., wie sie das auf Dauer schaffen sollte. Im Internet stieß sie auf den Verein „Barrierefrei Leben". Sie rief an und bekam Besuch von Volker Grosinski.

Erst der Hausbesuch, dann die Lösung

Der Bauingenieur Grosinski ist spezialisiert auf Wohnungsumbauten für Menschen, denen Treppen, Badewannen, hohe Waschbecken oder enge Türen zu unüberwindlichen Hindernissen geworden sind. Er berät sie kostenlos – wenn sie in Hamburg wohnen. Denn der Verein „Barrierefrei Leben" wird zu 80 Prozent von der Stadt Hamburg gefördert. Probleme, wie sie Natalia F. erlebt hat, kennt Grosinski. Hunderte von Fotos hat er auf seinem Computer gespeichert. „Das sind Ausgleichsstufen, weil der Keller nicht tiefer ins Erdreich gebaut wurde", erklärt er, als Familie F.'s Hauseingang auf dem Bildschirm erscheint. Für einen Treppenlift seien sie zu schmal. Der Rollstuhl von Lara ist auch auf dem Bild. „Er versperrt eigentlich den Fluchtweg", stellt Grosinski fest. Er deutet auf das sogenannte Treppenauge, die Stelle, an der das Treppengeländer die Kehre macht. „Da passt auch kein Lift rein." Dem Bauprofi fiel eine andere Lösung ein.

Wie ein Einrichtungshaus

Die Räume von „Barrierefrei Leben" sind in einem Rotklinkerbau in Hamburg-Barmbek. Wer sich dort umschaut, fühlt sich ein bisschen wie in einem Einrichtungshaus. Links die moderne Badewanne, die man durch eine Glastür betreten kann, rechts ein Fuhrpark Rollatoren, um die Ecke zwei Bäder, gegenüber Treppenlifte. Geschäftsführerin Karin Dieckmann führt stolz ihr neuestes Modell vor: eine Treppe, die sich per Knopfdruck in einen Hebelift verwandelt und umgekehrt. Ein paar Schritte weiter setzt sie sich auf einen Duschrollsitz, fasst die Haltegriffe am Duschbecken und rollt sich über den hohen Beckenrand in die Dusche. „So ein einfaches Hilfsmittel kann einen teuren Umbau ersparen oder hinauszögern", sagt sie. Rund 90 Mal im Jahr zeigt sie Interessierten, darunter auch Pflegeschulklassen und Seniorengruppen, dieses Kunststück mit dem Aha-Effekt. Kaufen kann man im Beratungszentrum keines der zahlreichen Hilfsmittel, aber ausprobieren. Das Ziel, so erklärt Dieckmann, sind informierte Verbraucher. „Ein Handwerker würde eher einen Badumbau empfehlen, da er Hilfsmittellösungen in der Regel nicht kennt."

Vermieter müssen zustimmen

Hilfsmittel, Wohnraumanpassung, Umbau, Finanzierung – um diese Themen kümmert sich das vierköpfige Beraterteam von „Barrierefrei Leben". Etwa 900 Beratungen sind es pro Jahr – vom zweistündigen Termin bis zur umfangreichen Planung mit Hausbesuchen, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Finanzierungsplanung. Wird ein Umbau fällig, ist der nächste Schritt: Den Vermieter fragen. „Manche verlangen, dass der Mieter alles zahlt und zusätzlich die Rückbaukosten hinterlegt", sagt Karin Dieckmann. Das hätte für Natalia F. das Aus bedeutet. Volker Grosinski kam nämlich auf die Idee, einen zweiten Eingang zu bauen. Klick. Auf seinem Bildschirm erscheint ein Plattenweg zum Balkon. Klick. Am Balkon ist ein Hebelift angebracht. Klick. Das Bad mit höhenverstellbarem Waschbecken und ebenerdiger Dusche, in der Natalia F. ihre Tochter bequem auf einer fahrbaren

Blick von innen auf den Hebelift am Balkon. Er schafft einen zweiten Zugang zur Wohnung

Erdgeschoss heißt nicht automatisch barrierefrei. Der Hebelift erspart den mühsamen Weg mit dem Rollstuhl über die Stufen am Vordereingang

Duschliege waschen kann. Klick. Breite Türen mit einer Schiebetür, durch die sie ihre Tochter bequem im Rollstuhl schieben kann. Was Grosinski heute mit wenigen Bildern erzählen kann, hat sich vom ersten Besuch bis zum Umbau etwa zwei Jahre hingezogen. Die größte Hürde war das Geld. Die Kostenvoranschläge beliefen sich auf 35.000 Euro.

Fachtag für Planerinnen und Planer

Karin Dieckmann träumt davon, dass solche Umbauten irgendwann nicht mehr nötig sind. Bodengleiche Duschen seien schließlich für alle Menschen bequem und schön. Backöfen und Kühlschränke sind in Komfortküchen bereits in eine bequeme Höhe gewandert, die kein Bücken mehr verlangt. Am liebsten ist es ihrem Expertenteam, wenn Bauherren und Architekten vorausschauend planen. Von Rampen bis Aufzügen, von Türen, Küchen bis Bädern, „Barrierefrei Leben“ arbeitet gerne an der Planung mit – gegen Rechnung.

Tatsächlich wächst das Interesse. Im Juni 2013 lud der Verein gezielt Planer, Architekten, Wohnungsunternehmen und Stiftungen zum Fachtag „Wohnen ohne Grenzen“ ein. Gehofft hatte man, dass sich 60 Personen anmelden. Es kamen 120. Sie erfuhren, dass Barrierefreiheit weit mehr ist, als rollstuhlgerechte Eingänge und Balkonschwellen. So ist einem hörbehinderten Menschen wenig geholfen, wenn er im Fahrstuhl steckenbleibt und sich lediglich eine Stimme meldet. Er braucht ein Display. Und ein sehbehinderter Mensch spürt erst durch einen taktilen Hinweis am Treppengeländer, dass die letzte Stufe naht. Das Zwei-Sinne-Prinzip ist in öffentlichen Gebäuden und Kundenbereichen gewerblicher Gebäude mittlerweile vorgeschrieben. Häufig aber könnten die Architekten noch so gut planen, sagt Dieckmann: „Es muss die Investoren geben, die bereit sind, es zu zahlen.“

„Es ist alles so bequem“

Dass der Umbau bei ihr schließlich gelang, verdankt Natalia F. auch ihrer Beharrlichkeit. „Barrierefrei Leben“ beriet sie zur Finanzierung, die Baugenossenschaft sicherte 3.000 Euro zu und beantragte bei der Hamburgischen Investitions- und Förderbank eine Förderung von 15.000 Euro. Die Pflegekasse bewilligte lächerliche 2.550 Euro. „Eltern behinderter Kinder haben oft keinen Kostenträger“, erklärt Karin Dieckmann. Zum Glück hat sie eine Liste von Stiftungen, die ihnen in dieser Notlage helfen. Natalia F. ergriff selbst die Initiative: „Ich habe ungefähr 100 Stiftungen angeschrieben.“ Etwa zehn hätten größere und kleinere Beträge an die Genossenschaft überwiesen, die damit die Rechnungen beglich. Als sich am Ende der Umbau verteuert hatte, war wieder Glück nötig: Die Baugenossenschaft sprang ein. Und wie geht es Natalia und Lara F. jetzt in ihrer Wohnung? „Super“, sagt die Mutter: „Es ist alles so bequem.“

Gerlinde Geffers

Wohnberatung im Internet

Den Anstoß gaben die vielen Anfragen per E-Mail: Seit 2006 ist die Wohnberatung von „Barrierefrei Leben e. V.“ auch online. Man findet dort das Fachwissen, das der Verein in 25 Jahren persönlicher Beratung zusammengetragen hat. Von Tipps für den barrierefreien Hauseingang bis zum rutschfesten Fußbodenbelag, vom Treppenlift für kurvige Treppen über das unterfahrbare Hochbeet im Garten bis zum 3D-Online-Badplaner – Wohnberatungsstellen und ehrenamtlich Tätigen liefert das Portal wichtige Informationen. Bis zu 700 Besucher hat die Internetpräsenz pro Tag. Privatpersonen können per E-Mail oder detailliertem Formular direkt ihre Anfrage stellen. Die Beratung ist kostenlos.

Barrierefrei Leben e. V.
Verein für Hilfsmittelberatung, Wohnraumanpassung und barrierefreie Bauberatung
Richardstraße 45, 22081 Hamburg
Tel.: 040/29995656
E-Mail: beratung@barrierefrei-leben.de
www.online-wohn-beratung.de
www.facebook.com/onlinewohnberatung.de

Frischer Wind fürs Dorf

Die Bürgerstiftung Pfalz setzt auf dem Land neue Impulse

Christiane Steinmetz, Mitbegründerin und Vorsitzende des Vorstands der Bürgerstiftung Pfalz, im Restaurant des Stiftsguts Keysermühle
Foto: Ulrike Bauer

Demografische Prognosen zeichnen ein düsteres Bild für die ländlichen Gebiete der Pfalz: Junge, gut qualifizierte Menschen zieht es in die Ballungszentren, die Geburtenrate sinkt, das wirtschaftliche und soziale Leben erlahmt, viele Dörfer drohen zu verkümmern. Die Bürgerstiftung Pfalz setzt diesem Szenario tatkräftig etwas entgegen: Initiativen zur nachhaltigen Dorfentwicklung, kulturelle Angebote sowie Projekte, in denen sich Lern- und Ausbildungspaten für junge Menschen engagieren.

Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen. In der Keysermühle im pfälzischen Klingenmünster hat das chinesische Sprichwort Gestalt angenommen – und zwar in doppelter Hinsicht positiv: Das einstige Tagungshaus der evangelischen Kirche der Pfalz, das nicht mehr wirtschaftlich zu führen schien, ist heute ein integratives Naturhotel mit Tagungsstätte, Kulturzentrum und Restaurant, in dem 44 Beschäftigte mit und ohne Behinderung einen Jahresumsatz von einer Millionen Euro erwirtschaften – und es ist ein Paradebeispiel dafür, wie man gleichzeitig alte Mauern erhalten und den Wandel gestalten kann. Dabei sah am Anfang alles gar nicht so erfolgversprechend aus …

Drei bis vier Millionen Euro wollte die Kirche 2005 für das Anwesen haben – eine utopische Summe für die zwölf Frauen und Männer aus Klingenmünster und Umgebung, die gemeinsam die Idee verfolgten, das zum Verkauf stehende Gebäude als Kultur- und Begegnungszentrum zu nutzen. „Aber da wir uns schonmal zusammengefunden hatten, haben wir geschaut, ob wir nicht etwas anderes Sinnvolles auf die Beine stellen können“, erinnert sich Christiane Steinmetz, Theologin und Pfarrerin mit zusätzlicher Ausbildung in Fundraising und zu dieser Zeit Leiterin eines Bildungsprojekts. Der Tatendrang des Zwölfer-Teams mündete in der Gründung einer Stiftung und schlug sich praktisch erst einmal in Kinder- und Jugendprojekten nieder, die bis heute unter anderem dazu beitragen, die Bildungs- und Ausbildungschancen von

Das Stiftsgut Keysermühle (links) ist nicht nur Treffpunkt für die Bürger von Klingenmünster, sondern bietet Gästen auch Gelegenheit zum Entspannen im Grünen.

Jugendliche helfen, den naturnahen Garten des Stiftsguts winterfest zu machen. Fotos: Bürgerstiftung Pfalz

jungen Menschen in schwierigen Lebensbedingungen zu verbessern. Derweil rang sich die Kirche durch, mangels anderer Interessenten die Keysermühle weitaus günstiger abzugeben. Und die Bürgerstiftung Pfalz schlug zu: Eine Million Euro steckte sie in das Haus, das heute Tagungsgäste aus einem Umkreis von bis zu 300 Kilometern anzieht, regionalen Künstlern eine Plattform bietet, ihre Werke zu präsentieren, und für die 3.000 Einwohner zählende Gemeinde im Kreis Südliche Weinstraße lebendiger Treffpunkt geworden ist.

Preisgekröntes Engagement

Der Erfolg der Stiftung macht weit über die Kreisgrenzen hinaus von sich reden. Vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde sie im Sommer 2013 für ihr zukunftsorientiertes Engagement mit dem Bürgerstiftungs-Preis der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ausgezeichnet. „Aus der ganzen Pfalz kommen Bürger auf uns zu, die ähnliche oder andere Projekte planen und fragen: Könnt ihr uns helfen?“, erzählt Christiane Steinmetz. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Stiftung unter anderem mit der Bürgerakademie Pfalz, die Engagierten, Stifterinnen und Stiftern, Unternehmen und Kommunen Impulse und Anregungen gibt, neue Projekte gut auf den Weg zu bringen, Ressourcen zu erschließen und sich mit anderen Akteuren zu vernetzen. Ein Projekt der Akademie ist das Erfolgsnetzwerk „Vereinbarkeit Familie und Beruf“, das voriges Jahr mit Banken und 60 Betrieben seine Auftaktveranstaltung hatte. Dabei ging es unter anderem um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Immer mehr junge Leute mit guter Ausbildung ziehen vom Land in die Metropolen. Damit geht auch Innovationskraft verloren“, sagt Christiane Steinmetz, die selbst zwei Kinder im Alter von 18 und 21 Jahren hat. „Viele Handwerksbetriebe haben Probleme, fittes Fachpersonal zu finden. Und wenn die Dörfer keine Betriebe mehr haben, verlieren sie auch die Gewerbesteuer als Einnahmequelle und damit ihre Gestaltungskraft.“ Darum sei es wichtig, Unternehmen für eine familienbewusste Personalpolitik zu sensibilisieren.

Ein Vorbild, das Mut macht

„Das Tolle ist, dass viele Bürger sich durch unsere Aktivitäten ermutigt fühlen, ähnliche Projekte anzugehen“, freut sich die 42-jährige Vorsitzende des Stiftungsvorstands und berichtet von mehreren Unterstiftungen, die sich unter dem Dach der Bürgerstiftung Pfalz inzwischen gegründet haben und als Treuhandstiftung von der Bürgerstiftung mitverwaltet werden. Wie etwa die Burg Landeck Stiftung: Sie engagiert sich für den Erhalt der staufischen Burgruine, Bildungsveranstaltungen und Ausstellungen und will auf der Burg eine Begegnungsstätte schaffen. Die Bürgerstiftung Marienthal hat in dem 300 Einwohner zählenden Dorf ein heruntergekommenes Gebäude von einer Erbengemeinschaft gekauft und baut dort ein Nachbarschafts- und Begegnungszentrum. „Das Dorf hat schon jetzt steigende Einwohnerzahlen, während in den Orten drumherum die Bevölkerung schrumpft“, so Christiane Steinmetz. In Haßloch wurde ein mindestens zehn Jahre leer stehendes Kaufhaus mit Tanzsaal und Bierbrauerei von der dortigen Bürgerstiftung übernommen. Und die Bürgerstiftung Kirrweiler will soziale, kulturelle, Kinder-, Jugend- und Seniorenprojekte finanzieren.

„Initiative Zukunft Minschder“

In Klingenmünster selbst hat sich zudem unabhängig von der Stiftung die „Initiative Zukunft Minschder“ gegründet, die sich für eine nachhaltige Entwicklung des Orts engagiert. Die Stiftung unterstützt aber als Mitglied deren Aktivitäten. Noch gibt es in Klingenmünster vieles, das für ein gut funktionierendes Dorfleben spricht: Schulen, Kirchengemeinden und Kindergärten, Jugendtreff, Supermarkt, Bäckerei und Winzerstuben. Doch im Kern des unter regem Durchgangsverkehr leidenden Orts stehen immer mehr Häuser leer. Seit einiger Zeit mehren sich im Ortsbild zudem deutliche Zeichen von Frustabbau: Unzufriedene Jugendliche hinterlassen Spuren, die als Sachbeschädigung und Vandalismus in den Polizeibericht eingehen. Der „Initiative Zukunft Minschder“ ist es gelungen, Kontakt zu einigen der jungen Leute zu bekommen, die jetzt nach Wegen suchen, sich konstruktiv zu engagieren: Sie wollen eine Jugendzeitung herausgeben und eine Minijob-Börse für Jugendliche etablieren. Ulrike Bauer

Kontakte

Bürgerstiftung Pfalz
Bahnhofstr. 1a
76889 Klingenmünster
Tel.: 06349/993930
E-Mail info@buergerstiftung-pfalz.de
www.buergerstiftung-pfalz.de
www.stiftsgut-keysermühle.de

Lebenslanges Wohnen in den eigenen vier Wänden und nach Möglichkeit im vertrauten Viertel, das wollen viele Menschen. Der Verein Alt und Jung Nord-Ost in Bielefeld erfüllt diesen Wunsch seit 1978, einer Zeit, als noch kaum jemand öffentlich über dieses Thema sprach. Die erfolgreiche Kooperation des Vereins mit Bielefelder Wohnungsunternehmen macht es möglich.

„Ein ziemlich einzigartiges Modell“

Vilsendorf vor den Toren Bielefelds. Den dörflichen Stadtteil prägen neue Siedlungen mit Ein- und Mehrfamilienhäusern, gebaut auf der grünen Wiese und bewohnt von Menschen, die zugezogen sind. Zum neuen Vilsendorf gehört auch ein großer Komplex eines privaten Wohnungsunternehmens. Dort hat das „Team Moorbach“ des Vereins Alt und Jung Nord-Ost e. V. eine Drei-Zimmer-Wohnung gemietet, als Stützpunkt für seine pflegerische und soziale Betreuungsarbeit im Ort. Das Apartment beherbergt einen Gemeinschaftsraum für die Klienten – das Wohncafé –, eine Küche, ein Gästezimmer für Leute, die zum Beispiel nach einem längeren Klinikaufenthalt nicht sofort nach Hause gehen sollten, und das Büro.

Im Notfall schnell bei den Kunden

Von den 22 Kunden des Teams leben nur vier in dem Wohnkomplex. Es ist Freitagmittag. Pflegekraft Patrick Duda schnappt sich einen Korb und trägt Essen aus. Heute gibt’s „Nudeln mit Bolo“, also mit Hackfleischsoße. „Unsere Klientel hat es nicht so mit dem Freitagsfisch“, erklärt Duda. Kurze Zeit später ist er wieder zurück: Jedes der neun Alt-und-Jung-Teams in Bielefeld hat einen Aktionsradius von 500 Metern. „Wir können unsere Kunden auch im Notfall jederzeit rasch erreichen“, betont Patrick Duda. Diese wiederum haben es nicht weit zum Wohncafé, um dort je nach Bedürfnis ihre Mahlzeit zu verspeisen, Karten zu spielen oder einen Schwatz zu halten. Der Dienst in „puschenläufiger Entfernung“, wie es die nordrhein-westfälische Sozialministerin Steffens formuliert, ist zugleich eine gute Werbung für Alt und Jung. Dessen Betreuungskräfte sind bekannt, weil regelmäßig im Viertel unterwegs. Das spricht sich herum. „Die Anbindung ans Quartier ist ganz wichtig“, bekräftigt Carlos Peiniger, der Pressesprecher des Vereins. „Deswegen nehmen unsere Teams auch an Festen teil oder organisieren gemeinsam mit den Kunden Veranstaltungen.“

Beginn vor 35 Jahren

Alt und Jung Nord-Ost bietet zweierlei: eine Adresse für ein Beisammensein und ambulante Hilfe. Der Weg dorthin begann vor 35 Jahren, als Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Pflegekräfte einen Gesprächskreis gründeten zu der Frage: Wie kann man im Alter weiter selbstbestimmt leben? „Damals gab es ja noch keine Sozialstationen, und die Altenheime hatten oft noch Vier-Bett-Zimmer“, sagt Irene Gehring, Sozial- und Milieupädagogin und langjähriges Vereinsmitglied. Aus diesem Kreis erwuchsen Unterstützungsgruppen von Studierenden und Altenpflegekräften, die Seniorinnen und Senioren im Alltag beistanden und so einen Heimaufenthalt zu vermeiden suchten. So baute der Verein sein heutiges Angebot auf.

> Die Wohnungsunternehmen sind interessiert an Mietern, die möglichst lange selbstbestimmt in ihren Wohnungen leben können.

Bielefelder Modell

Im Laufe der Jahre näherten sich die Zielrichtung von Alt und Jung und die Interessen von Wohnungsunternehmen einander an. „Selbstbestimmtes Leben ist auch deren Ziel“, sagt Irene Gehring. Zum Beispiel das der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (BGW), die mit dem Verein seit den 1990er Jahren kooperiert. Wie das sogenannte „Bielefelder Modell“ – die Partnerschaft von Wohnungsunternehmen und sozialem Dienst – funktioniert, zeigt das neue Projekt der BGW im Stadtteil Brake: Dort baut die Gesellschaft mitten im Ort eine Anlage mit 38 Wohnungen. Die Mieter und die Nachbarschaft bekommen einen Gemeinschaftsraum gestellt und das Angebot ambulanter und ehrenamtlicher Hilfe. Dem Verein wird das Recht eingeräumt, bei fünf Wohnungen die Mieter vorzuschlagen – als Grundstock für die Arbeit und das Auskommen des künftigen Teams Brake. Wie bei allen anderen Projekten gilt auch hier: Leistungen und Gemeinschaftsräume stehen allen Menschen aus dem Viertel offen, auch wenn sie nicht Mieter der BGW sind.

Freiberufliche Betreuungskräfte

Bei ihrer Arbeit, die sich laut Irene Gehring vor allem auf die Bereiche Pflege und Eingliederungshilfe erstreckt, handeln die einzelnen Teams autonom. Nicht nur das Bielefelder Modell, auch die Struktur von Alt und Jung Nord-Ost ist „ziemlich einzigartig“, weiß Irene Gehring: Sämtliche Betreuungskräfte sind freiberuflich tätig und

Heute gibt's leckeren Lachs-Auflauf: Das Mittagessen in den Wohncafés des Vereins Alt und Jung wird frisch zubereitet.
Foto: Bernd Kleiner

zugleich die 187 aktiven Mitglieder des Vereins, der sich als eine Art Gilde versteht. Der Verein stellt die Einhaltung der Qualitätsstandards sicher und schließt die Verträge mit den Kostenträgern der jeweiligen Leistungen. Die einzelnen Teams wiederum fungieren als Kooperationspartner des Vereins und rechnen mit ihm ab. Die Organisation von Alt und Jung unterteilt sich in die drei Fachbereiche Pflege, Soziales und Wirtschaft, Letzterer umfasst die administrativen Aufgaben. Die Teams sind gleich strukturiert und müssen für jeden der drei Bereiche eine verantwortliche Person bestimmen.

Optimaler Personalmix

Generell kann die Zusammensetzung der Teams „manchmal ein aufreibender Prozess sein", sagt Irene Gehring. Für Außenstehende mutet die Personalfindung zunächst eher anarchisch an. Doch Gehring zufolge schaffen es die Teams genau auf diese, oft mühsame Weise, den für die örtliche Kundschaft optimalen Personalmix hinzubekommen. Unterstützt wird dies durch die Möglichkeit, in mehreren Teams zu arbeiten. Bei den „Moorbachern" in Vilsendorf zum Beispiel betreut ein Sozialarbeiter „von auswärts" einen Mann in dessen Zuhause, der nach schwerem Alkoholmissbrauch einen neuen Lebensstart wagt. „Der kann mit dem einfach gut", sagt Patrick Duda.

Ehrenamtliche Unterstützung

Der Einsatz in verschiedenen Teams sichert nicht nur ein ausreichendes Einkommen der Freiberufler, er „erweitert auch den Horizont", findet Carlos Peiniger. Der frühere PR-Berater kümmert sich um das Kaufmännische nicht nur im Verein, sondern auch beim Team Moorbach. Dessen hauptamtlicher Stamm zählt 13 Pflegekräfte und drei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die von neun Ehreamtlichen unterstützt werden.

Die Frauen und Männer von Alt und Jung Nord-Ost erledigen die unterschiedlichsten Aufgaben. „Bei manchen Kunden stellen wir nur die täglichen Medikamente zusammen", erklärt Patrick Duda. Bei anderen leisten seine Kolleginnen oder Kollegen Rundum-Körperpflege. Einigen wird das Essen gebracht, andere kommen ins Wohncafé. Der Mann mit dem Alkoholproblem zum Beispiel besucht den Treff nur zum Frühstück und Abendbrot. „Mittagessen ist nicht so sein Ding", sagt Patrick Duda. Muss es auch nicht: Alle Kundinnen und Kunden bekommen exakt das, was sie wünschen und brauchen. „Zwingend ist bei uns nichts", so Duda. Diese durchweg individuelle Betreuung wird durch die flexible Struktur der Alt-und-Jung-Teams erleichtert.

Das Konzept des Bielefelder Modells trifft das Bedürfnis der Zielgruppe: Die BGW verzeichnet eine starke Nachfrage. Die Kunde von der erfolgreichen Kooperation von Wohnungsunternehmen und Sozialdienst ist weit gedrungen– vor einiger Zeit weilte eine chinesische Delegation in Bielefeld, um sich über das Projekt zu informieren.

Bernd Kleiner

Kontakte

Verein Alt und Jung Nord-Ost e.V., Bielefeld
Tel.: 0521/98263-0
E-Mail: info@auj-nord-ost.de
www.altundjung.org

Hänsel und Gretel gehen per Post auf die Reise

Drei Szenen aus dem Märchen Hänsel und Gretel zieren die neuen Wohlfahrtsmarken, die vom 6. Februar an zu erhalten sind. Die Portoerhöhung ist auf diesen Marken auch schon Realität: „Die Kinder im Wald“ gibt es für 60 Cent plus 30 Cent Zuschlag, „Bei der Hexe“ für 90 + 40 Cent. Das „Glückliches Ende“ ist etwas teurer: 145 + 55 Cent sind der Preis. Gestaltet wurden die Marken von Astrid Grahl und Lutz Menze aus Wuppertal. Es gibt sie auch als 10er-Bogen und Markenset.
Erhältlich sind die Marken im Vertriebszentrum des Paritätischen Gesamtverbands. Sie können bestellt werden über die kostenfreie Servicenummer 0800/9645324
Fax: 030/24636-460
oder per E-Mail an:
wohlfahrtsmarken@paritaet.org.
Die Zusendung erfolgt an Werktagen versandkostenfrei binnen 24 Stunden.

*

Wer noch alte Markenbestände hat, die bis zum Portowechsel Anfang des Jahres nicht verbraucht werden konnten, erhält Ergänzungsmarken zum Wert von je zwei Cent als 20er-Marken-Set selbstklebend ebenfalls über den Wohlfahrtsmarken-Vertrieb des Gesamtverbands.

Vorbildliche Kooperation mit der Selbsthilfe

Netzwerk zeichnet erste Rehabilitationskliniken aus

Als erste von bundesweit mehr als 1.200 Rehabilitationskliniken sind die Fachklinik für onkologische Rehabilitation Bad Oexen und die Dr. Becker Rhein-Sieg-Klinik in Nümbrecht vom Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen als „selbsthilfefreundliche Rehabiliatationseinrichtungen“ ausgezeichnet worden.

Das Netzwerk „Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitheitswesen“ setzt sich unter dem Dach des Paritätischen Gesamtverbands für eine Stärkung der Selbsthilfefreundlichkeit von Gesundheitseinrichtungen ein. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Selbsthilfe und aus Gesundheitseinrichtungen hat es dazu Qualitätskriterien für Krankenhäuser, Arztpraxen und Rehakliniken entwickelt. Diese bieten eine gute Orientierung, wie die Zusammenarbeit zwischen Patientenorganisationen und Gesundheitseinrichtungen konkret gestaltet werden kann. Dazu gehört unter anderem, dass Patientinnen und Patienten beziehungsweise deren Angehörige an zentralen Stellen der Gesundheitseinrichtungen über die Angebote der Selbsthilfe informiert werden, Selbsthilfegruppen ihr Angebot öffentlich darstellen können und in der Gesundheitseinrichtung einen für sie zuständigen Ansprechpartner haben. Zudem werden die Beschäftigten der Gesundheitseinrichtung zum Thema Selbsthilfe qualifiziert und ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zwischen Personal und Selbsthilfe organisiert.
Inzwischen haben mehr als 130 Selbsthilfegruppen aus 30 Selbsthilfeorganisationen gemeinsam mit regionalen Selbsthilfekontaktstellen mit 17 Krankenhäusern, acht Arztpraxen und zwei Rehabilitationskliniken das Konzept des Netzwerks erfolgreich umgesetzt. Unterstützt wurden die Rehakliniken beim Aufbau der Kooperationsstrukturen im Rahmen des Pilotprojekts „Selbsthilfefreundliche Rehabilitationseinrichtung in NRW“ unter Trägerschaft der gemeinnützigen Gesellschaft für soziale Projekte mbH des Paritätischen Landesverbands NRW. Dieses Pilotprojekt ist in das Netzwerk „Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen“ eingebunden. Nähere Infos unter: www.selbsthilfefreundlichkeit.de, Tel.: 030/24636339, E-Mail: selbsthilfefreundlichkeit@paritaet.org.

Auf der philippinischen Insel Cebu verteilte die Hilfsoroganisation ADRA nach dem Taifun Haiyan Nahrungsmittel an die Bevölkerung. Foto: ADH | Zanettini

Taifun auf den Philippinen:

ADH bringt schnelle Hilfe

Nahrungsmittel und Hygieneartikel, Schlafsäcke, Plastikplanen für die Errichtung von Notunterkünften, Geräte zur Trinkwasseraufbereitung – vielfältige und schnelle Hilfe leisteten die Mitgliedsorganisationen der Aktion Deutschland Hilft nach dem Taifun auf den Philippinen. Fast 15 Millionen Menschen sind von der Naturkatastrophe betroffen. 5.600 kamen ums Leben, mehr als 26.000 Menschen wurden verletzt, 1.750 gelten als vermisst.
Wasseringenieure sowie medizinische Fachkräfte, die auch für die Behandlung von Menschen mit Behinderungen und Traumatisierungen qualifiziert sind, reisten in die besonders stark vom Taifun Haiyan betroffenen Provinzen Cebu, Leyte, Samar und Bohol.
Aus den Reihen des Paritätischen waren beziehungsweise sind im Einsatz: Arbeiter-Samariter-Bund, ADRA, Lands-Aid, arche noVa, Handicap International und Help e. V. Nach Angaben der Hilfsorganisationen steht nach der akuten Nothilfe die Wiederherstellung gesicherter Lebensverhältnisse im Vordergrund, etwa Aussaat in der Landwirtschaft oder andere Maßnahmen zur Einkommenssicherung. Dafür sind Projekte in Planung. Auch hierfür werden weiterhin Spenden benötigt.
www.aktion-deutschland-hilft.de

Betriebliches Gesundheitsmanagement in kleinen Einrichtungen

Um auch kleinere Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege für Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung zu gewinnen, hat der Paritätische Gesamtverband jetzt in Kooperation mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) ein dreijähriges Projekt zum betrieblichen Gesundheitsmanagement gestartet. Hierbei wird ein Schwerpunkt auf die Bildung regionaler Netzwerke gelegt.

In Kooperation mit den Landesverbänden des Paritätischen sind in den nächsten drei Jahren Veranstaltungen, Qualifizierungsangebote, Inhouse-Trainings oder Coachings vorgesehen, die für betriebliche Gesundheitsförderung sensibilisieren sollen. Ziel ist, dass in möglichst vielen Mitgliedsorganisationen ein Gesundheitsmanagement eingeführt sowie Gesundheitszirkel aufgebaut werden. Weiterhin sollen Arbeitshilfen erstellt, Produktkoffer zur Verfügung gestellt und regionale Netzwerke aufgebaut werden.
Das Projekt richtet sich vor allem an Kitas sowie Einrichtungen und Dienste der Alten- und Behindertenhilfe. Relevante Arbeitsschutzthemen sind hier etwa Lärm, Rückenprobleme, Haut und Hygiene, Stress und psychische Belastungen.
Kontakt: Tel.: 030/24636-343,
E-Mail: bagm@paritaet.org

Sozialpreis für bemerkenswerte journalistische Werke

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat im Dezember den Deutschen Sozialpreis an drei Journalistinnen und einen Journalisten verliehen, die besonders bemerkenswerte Beiträge zur sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland publiziert haben.
In der Sparte Print ging der Preis an Michaela Kölbl, die unter dem Titel „Auf der Suche nach Heimat“ in der Waiblinger Kreiszeitung in einer Artikelserie über das Schicksal von Flüchtlingen in der Region Schorndorf berichtete.
Den Hörfunk-Preis erhielt Marie von Kuck für ihren Deutschlandfunk-Beitrag zum Leben und Alltag von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern mit dem Titel „Der Mut der Mücke. Lebensstrategien Alleinerziehender“.
In der Sparte Fernsehen wurden Pia-Luisa Lenz und Christian von Brockhausen (NDR) ausgezeichnet für ihre Milieustudie „Hudekamp – Ein Heimatfilm“ über die Bewohner eines Hochhaus-Blocks im sozialen Brennpunkt.
Weitere Infos gibt es auf www.bagfw.de

Mit seinen Investitionen in die Familienförderung liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit vorne. Was die Geburtenrate, die Berufschancen von Müttern und das Armutsrisiko von Familien betrifft, gehört es jedoch zu den Schlusslichtern. **Was also bringt die Familienpolitik in Deutschland konkret für die Betroffenen? Und wie muss eine nachhaltige Familienförderung aussehen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Fachtagung des Paritätischen Gesamtverbands. Mit Sozial- und Wirtschaftsexpertinnen blickten die Teilnehmenden kritisch auf die bisherige Familienpolitik und zeigten Reformoptionen auf.**

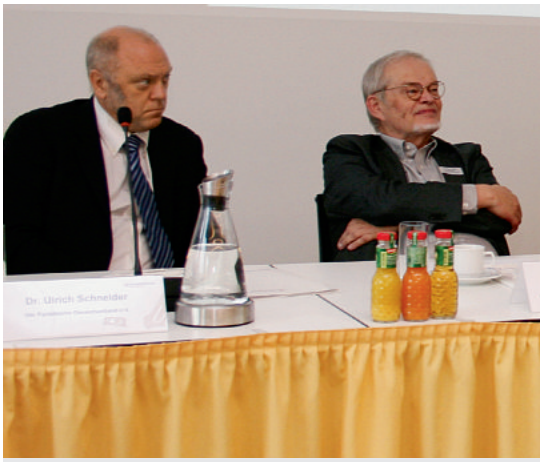
Familien brauchen sichere Perspektiven

Kaum ein Bereich der Politik sei stärker ideologisch besetzt als die Familienpolitik, betonte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, zum Auftakt der Tagung „Problemfall Familienförderung – was kommt nach der Gesamtevaluation?“ Das Thema Familie könne auch nie nur ein sachliches Thema sein, so Schneider, da mit ihr viele Emotionen verbunden seien. „Und zu dieser emotionalen Seite sollte wir auch stehen.“ Gleichwohl lohne sich ein ideologiefreier, gelassener Blick auf die Familienpolitik und deren Auswirkungen oder gar kontraproduktive Effekte. Denn immerhin gibt der Staat jährlich etwa 125,5 Milliarden Euro für zentrale familienbezogene Leistungen aus – wie etwa Kindergeld und Elterngeld, die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Sozialversicherung, Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die Gesetzliche Rentenversicherung, Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes sowie die Subventionierung der öffentlichen Kinderbetreuung oder BAföG. Hinzu kommen rund 75 weitere Milliarden für ehebezogene Maßnahmen mit starkem Familienbezug. Die rund 200 Milliarden splitten sich auf 156 verschiedene Posten auf, die sich in ihrer Zielsetzung und Wirkung zum Teil jedoch sogar widersprechen. Dies bestätigte auch der Volkswirtschaftler Professor Dr. Reinhard Schnabel von der Universität Essen-Duisburg. Er präsentierte die Ergebnisse der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen, an der er mitgewirkt hat. Wie Schneider stellte Schnabel fest, dass es in der Familienpolitik eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Ziele gibt, die sich zum Teil sogar widersprechen können. Er betonte zudem, dass Kinderzuschlag und Unterhaltsvorschuss weitaus effizienter seien, um Armutsgefährdung zu vermeiden, als etwa das Kindergeld, das mehr der Mittelschicht zugute komme.

Die Evaluation liefere einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion der familienpolitischen Leistungen und deren unterschiedlicher Wirksamkeit – beispielsweise auf die wirtschaftliche Stabilität von Familien, auf soziale Teilhabe, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Geburtenrate, aber auch das Wohlergehen von Kindern. Welche Folgerungen daraus für die künftige Familienpolitik zu ziehen seien, müsse nun von Politik und Gesellschaft diskutiert werden, so Schnabel.

„Normaler Wahnsinn: Arm trotz Arbeit“

Ein Teil dieser Diskussion entwickelte sich bereits bei der Tagung zwischen Dr. Jürgen Borchert, Sozialrichter am Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt, und Professor Dr. Reinhard Schnabel. Borchert kritisierte, es gebe in Deutschland eine strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien. Während viele Kinderlose „überschießende“ Einkommen verbuchen könnten, sei „Armut trotz Arbeit“ für immer mehr Familien „der normale Wahnsinn“. Borchert: „Familien leben in Deutschland nicht mehr in der Mitte der Gesellschaft. Sie werden mit zentrifugaler Kraft an die Peripherie geschleudert.“ Trotz sinkender Arbeitslosigkeit steige der Anteil der Kinder im Sozialleistungsbezug, in die Höhe schießende Wohnkosten trieben immer mehr Familien in die Armut. Gleichzeitig würden Familien wegen ihres höheren Bedarfs an Konsumgütern und Dienstleistungen aufgrund der indirekten Steuern und der Sozialabgaben am stärksten finanziell belastet. Diese Asymmetrie sei ein wesentlicher Grund für die doppelte Kinderarmut, so Borchert. Familien mit bis zu drei Kindern zahlten durchschnittlich mehr an Beiträgen, als sie an Sozialleistungen in Anspruch nähmen. So würden beispielsweise neben der Rente auch die Gesund-



Diskussionsrunde über Perspektiven der Familienpolitik (von links): Dr. Ulrich Schneider (Der Paritätische), Familiensoziologe Prof. Dr.

heitsleistungen für Kinderlose im Alter von den Kindern anderer Leute geschultert. Borchert kritisierte, dass die meisten dieser Gesichtspunkte in der Gesamtevaluation der familienpolitischen Leistungen nicht berücksichtigt seien. Im Gegenteil werde der Eindruck verstärkt, Familien würden mit Geld zugeschüttet. Insgesamt sei die Evaluation zu sehr aus ökonomischer Perspektive erfolgt. Ein Vorwurf, den Professor Dr. Reinhard Schnabel so nicht stehen lassen wollte.

Unsichere Lebensperspektiven

Prof. Dr. Hans Bertram, Familiensoziologe an der Humboldt-Universität Berlin und Verfasser des 7. Familienberichts der Bundesregierung, lenkte den Fokus unter anderem darauf, dass sich die Einkommensentwicklung in den vergangenen 30 Jahren stark verändert habe. Während seinerzeit ein Facharbeiter im Alter von 30 Jahren über ein gutes Einkommen verfügt habe, das ihm ermöglichte, eine Familie zu ernähren, habe sich die Einkommenssituation junger Erwachsener insgesamt verschlechtert, was ihnen – einhergehend mit der deutlich geringeren Arbeitsplatzsicherheit – heute die Familiengründung erschwere. Wer sich von befristetem Job zu befristetem Job hangele, den bringe auch ein einkommensabhängiges Elterngeld nicht weiter. „Solange wir das Problem der unsicheren Lebensperspektiven nicht gelöst haben, wird sich auch an der Geburtenrate nicht viel ändern“, so Bertram. Notwendig seien zudem Schritte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die ökonomische Existenzsicherung dürfe nicht dazu führen, dass soziale Bindungen und Fürsorge für andere auf der Strecke bleiben.

Ebenso wie Professor Bertram plädierte die Wirtschaftswissenschaftlerin Dr. Irene Becker aus Frankfurt am Main dafür, in die Reformüberlegungen zur Familienpolitik auch die Lebensphase vor der Familiengründung und nach dem Auszug der Kinder stärker zu berücksichtigen. Familie sei da, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernähmen. Dringend notwendig seien zudem bessere Betreuungsangebote und vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage von Familien im Niedrigeinkommensbereich. Zur Finanzierung einer dringend nötigen Umgestaltung des derzeitigen Familienfördersystems seien moderate Steuererhöhungen nicht vermeidbar, betonte Becker. Und Reformen, so Bertram, seien unausweichlich: „Sonst schreiben wir die Gegenwart in die Zukunft fort.“

Als wichtigste Ziele einer Reform kristallisierten sich bei der von Marion von zur Gathen (Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit beim Paritätischen Gesamtverband) moderierten Tagung vor allem zwei Punkte heraus: Familien brauchen existenzielle Sicherheit und Zukunftsperspektiven, aber auch Zeit für ein familiäres Miteinander. „Kein Mensch gründet eine Familie, weil er seine Kinder nicht sehen will“, so Ulrich Schneider.

Ulrike Bauer

Hans Bertram, Solveig Schuster (Verband alleinziehender Mütter und Väter), Marion von zur Gathen (Der Paritätische), Volkswirtschaftler Prof. Dr. Reinhard Schnabel, Wirtschaftswissenschaftlerin Dr. Irene Becker und Sozialrichter Jürgen Borchert.

Konzept gegen Altersarmut:

„Alles aus einer Hand“

Altersarmut zu vermeiden gehört zu den großen sozialpolitischen Herausforderungen. Unter dem Titel „Alles aus einer Hand“ hat der Paritätische Gesamtverband nun ein umfassendes Konzept für eine Reform der Alterssicherung vorgelegt. Darin fordert er zum einen, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor Armut im Alter geschützt sind und einen Lebensstandard haben, der ihre soziale Teilhabe gewährleistet. Dazu gehören für den Verband unter anderem Mindestlöhne, die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die bessere Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten und die Absicherung freiwilligen Engagements.

Breite Akzeptanz

Gleichzeitig macht der Paritätische auch konkrete Vorschläge, wie durch armutsfeste und unbürokratische Leistungen von Rentenversicherung und Grundsicherung ein umfassender Schutz vor Altersarmut zu gewährleisten ist. Es gelte, die gesetzliche Rentenversicherung an die gewandelten Erwerbsbiografien anzupassen und die steuerfinanzierte fürsorgerische Leistung der Altersgrundsicherung mit der beitragsfinanzierten Versicherungsleistung der gesetzlichen Rente so zu verzahnen, dass die Leistungen „aus einer Hand“ kommen. „Dies vermeidet nicht nur für die Betroffenen Hürden bei der Inanspruchnahme, sondern ist bei einer erwartbaren vermehrten Zahl von ‚Alterssicherungsaufstockern‘ von entscheidender Bedeutung für die breite Akzeptanz des Alterssicherungssystems und insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung selbst“, heißt es im Konzept. Interessierte finden es in den Fachinfos auf www.der-paritaetische.de oder können es anfordern per E-Mail an: sozialpolitik@paritaet.org.

Der neue Armutsbericht des Paritätischen ist alarmierend: Er zeigt einen ganz klaren Trend beim Anstieg der Armut in Deutschland. Mit einer Armutsquote von 15,2 Prozent wurde 2012 erneut ein trauriges Rekordhoch erreicht. Auch die Kluft zwischen bundesdeutschen Wohlstandsregionen auf der einen Seite und Armutsregionen auf der anderen Seite wächst stetig.

Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe

Die Befunde des Armutsberichts 2013 geben Anlass zu tiefer Sorge", betont Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Die Kluft zwischen bundesdeutschen Wohlstandsregionen auf der einen Seite und Armutsregionen auf der anderen Seite wächst stetig und deutlich. Die sozialen und regionalen Fliehkräfte nehmen seit 2006 dramatisch zu. Deutschland steht vor der Zerreißprobe." Seit 2006 ist die Armut in Deutschland von 14,0 Prozent auf mittlerweile 15,2 Prozent kontinuierlich gestiegen. Doch hinter diesem bundesweiten Durchschnittswert verbergen sich noch weitaus dramatischere Entwicklungen auf regionaler Ebene.

Wohlhabenden Regionen geht es immer besser, Armutsregionen schlechter

Im Länderranking (Grafik rechts) hat sich zwar kaum etwas verschoben. Rheinland-Pfalz und Hamburg haben lediglich den 5. und 6. Platz getauscht. Ansonsten ist die Rangfolge wie im Jahr 2011 geblieben. Allerdings zeigt der Vergleich zwischen den Ländern besorgniserregende Entwicklungen. Denn die Kluft zwischen „reichen" und „armen" Ländern wird immer größer. Vier Länder haben 2012 eine positive Entwicklung im Sinne abnehmender Armutsquoten gemacht: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Gleichzeitig haben jedoch elf Länder schlechtere Werte als im Vorjahr zu verzeichnen. Unverändert ist die Lage in Nordrhein-Westfalen.

Es lassen sich deutlich drei Länderblöcke erkennen: Wie auch in den letzten Jahren fällt der Süden Deutschlands mit Baden-Württemberg (11,1 Prozent) und Bayern (11,2 Prozent) positiv aus dem Gesamtbild heraus. Durch ihre weiterhin positive Entwicklung einerseits und die negative Entwicklung der meisten anderen Bundesländer andererseits konnten sich Baden-Württemberg und Bayern sogar noch weiter vom Mittelfeld absetzen. Dieses gruppiert sich mit plus/minus drei Prozentpunkten um den bundesweiten Mittelwert von 15,2 Prozent Armutsquote: Hessen mit 13,2 Prozent, Schleswig-Holstein mit 14,0 Prozent, Rheinland-Pfalz mit 14,6 Prozent und Hamburg mit 14,8 Prozent sowie die Länder Saarland (15,8 Prozent), Niedersachsen (16,0 Prozent), Nordrhein-Westfalen (16,6 Prozent) und Thüringen (16,9 Prozent).

Gleich sechs Länder – im Vorjahr waren es noch fünf – liegen mit mehr als drei Prozentpunkten ganz deutlich über dem Bundesdurchschnitt: Neu hinzugekommen ist Brandenburg (18,3 Prozent), wo die Armutsquote gleich um 1,4 Prozentpunkte anstieg, außerdem Sachsen (18,9 Prozent), Sachsen-Anhalt (20,9 Prozent), Berlin (21,2 Prozent) sowie – mittlerweile noch weiter abgeschlagen als im Vorjahr – Mecklenburg-Vorpommern (22,9 Prozent) und das Schlusslicht Bremen (23,1 Prozent).

Gerade die Länder, die bereits 2011 Armutsquoten von über 20 Prozent aufwiesen, haben sich noch einmal – und im Falle Mecklenburg-Vorpommerns und Bremens sogar sehr deutlich – verschlechtert. Fazit: Der soziale Graben zwischen den Regionen reißt (wieder) spürbar auf. Hatte sich die Armutsspanne zwischen den Ländern zwischen 2007 und 2011 noch sukzessive verkleinert (von 14,3 Prozentpunkten auf 11,1 Prozentpunkte zwischen dem ersten und dem letzten Rankingplatz), so hat sich der Abstand 2012 wieder auf zwölf Prozentpunkte vergrößert.

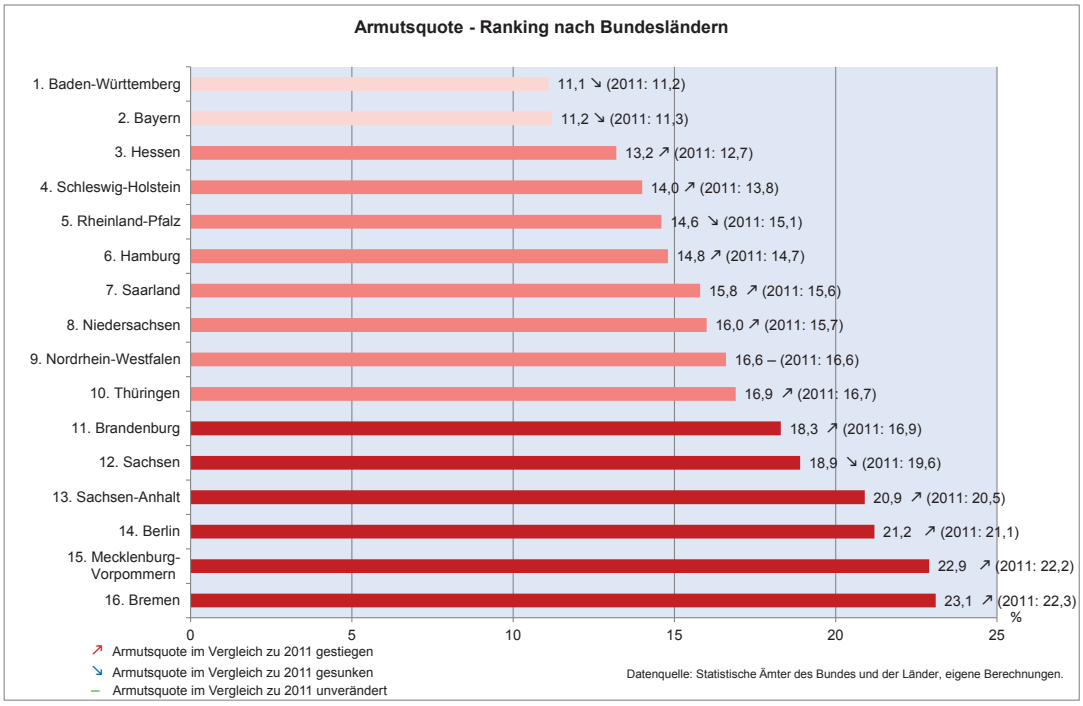
Dramatische Lage im Ruhrgebiet

Positiv ist hervorzuheben, dass die besonders schlechte langjährige Entwicklung in Berlin (21,2 Prozent) und in Nordrhein-Westfalen (16,6 Prozent), was die Quoten im Landesdurchschnitt anbelangt, erst einmal erheblich verlangsamt beziehungsweise gestoppt werden konnte. Der Blick auf die Regionen relativiert dies jedoch wieder: Insbesondere im Ruhrgebiet, das im Paritätischen Armutsbericht von 2011 neben Berlin erstmals als besondere Armutsregion in Deutschland identifiziert wurde, nahm die Armutsquote 2012 noch einmal deutlich und stark überproportional um gleich 1,1 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent zu. Dieser Wert wird allein durch das ganz wesentlich bevölkerungsschwächere Brandenburg mit plus 1,4 Prozentpunkten übertroffen. Um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte pro Jahr um nun insgesamt 21,5 Prozent ist die Armut im Ruhrgebiet – mit über fünf Millionen Einwohnern das größte Ballungsgebiet Deutschlands – seit 2006 gestiegen.

Besonders gravierend sind die Entwicklungen in den Städten Dortmund und Duisburg, wo die Armutsquoten 2012 noch einmal um 2,2 Prozentpunkte auf 26,4 Prozent beziehungsweise um 1,6 Prozentpunkte auf 25,1 Prozent hoch-

schnellten. Damit ist die Armutsquote in Dortmund seit 2005 um über 42 Prozent, in Duisburg sogar um 48 Prozent gestiegen. „Diese Entwicklung kommt angesichts des bereits sehr hohen Ausgangsniveaus einem armutspolitischen Erdrutsch gleich“, betont Ulrich Schneider.

Vergleicht man das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, wird deutlich, wie unterschiedlich die Bundesländer in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind. Die Unterschiede in den Flächenländern (die Stadtstaaten müssen als „Pendlerstädte“ gesondert betrachtet werden) variieren zwischen 22.241 Euro pro Kopf in Thüringen und 37.656 Euro pro Kopf in Hessen. Der Bundesdurchschnitt: 32.281 Euro pro Kopf.



Regionale Armutsspiralen

Ulrich Schneider: „Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Armut in einem Bundesland und der dortigen Wirtschaftsleistung. So haben alle Flächenländer mit überdurchschnittlicher Armutsquote ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt.“ Konkret bedeute dies, dass ganze Regionen in dramatische Abwärtsspiralen gerieten oder sich bereits mittendrin befänden. „Wenn aber die wachsende individuelle Armut auf eine massive öffentliche Finanznot trifft, wenn ausgerechnet dort die öffentliche Infrastruktur wegbricht, wo die Menschen am meisten darauf angewiesen wären, wenn immer mehr Fachkräfte und Familien wegziehen an attraktivere Standorte, wo sie auch Arbeit finden, werden auch Investitionen und die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen ausbleiben. Kurz: Es entstehen regionale Armutsspiralen und Verwerfungen, die allein durch die Akteure vor Ort, ohne massive finanzielle Unterstützung von außen, in diesem Fall von Bund oder Ländern, weder gestoppt noch umgekehrt werden können“, stellt der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen fest. Diese Situation werde durch die „Schuldenbremse“ noch verschärft. „Diesem Trend entschlossen entgegenzutreten ist nicht nur eine Frage der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, so Schneider. „Was auf dem Spiel steht, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt und letztlich der Lebensstandort Deutschland. Eine offensive Armutspolitik wird nicht darum herumkommen, sich der regionalen Problematik der Armut in Deutschland zu stellen.“ Dabei komme Fragen des Bund-Länder-Finanzausgleichs und der solidarischen Unterstützung besonders problematischer Regionen eine wichtige Bedeutung zu.

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

- Wo die Arbeitskräfte abwandern, werden Unternehmen nicht investieren, so dass sich die wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen weiter verschlechtern wird. Ohne eine konsequente Armutspolitik verknüpft mit der gezielten Förderung von betroffenen Regionen wird die Abwärtsspirale nicht aufzuhalten sein.
- Wir brauchen einen öffentlich geförderten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungssektor, um auch für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose neue Perspektiven zu schaffen.
- Der Regelsatz in Hartz IV bzw. die Grundsicherung im Alter müssen bedarfsorientiert angehoben werden, z. B. um die gestiegenen Energiepreise.
- Die Regelsätze für Kinder müssen eigenständig und bedarfsgerecht ermittelt und das bürokratische Bildungs- und Teilhabepaket reformiert werden. Die Maßnahmen kommen bei den Kindern nicht an. Stattdessen muss in die soziale und familienpolitische Infrastruktur investiert werden, um eine Teilhabe der betroffenen Kinder und Jugendlichen am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.
- Die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus muss aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt in vielen Städten und der massiven Unterversorgung an Sozialwohnungen deutlich verstärkt werden.
- Um der sozialen Ungleichheit unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, müssen Reichtum und Vermögen stärker besteuert werden.

Ausbaufähig – das ist das Resümee des Paritätischen Gesamtverbands zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Mit der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne, überfälligen Verbesserungen in der Pflege, bei Leistungen für Erwerbsgeminderte und in der aktiven Arbeitsmarktpolitik habe die Große Koalition zwar richtige Ziele gesetzt. Um dem darüber hinausgehenden Investitionsbedarf jedoch gerecht zu werden, seien über den vorliegenden Koalitionsvertrag hinaus weitere Initiativen notwendig.

„Erster Schritt, aber nicht letztes Wort“

Der Koalitionsvertrag kann ein erster Schritt, aber nicht das letzte Wort zu notwendigen Reformen sein“, betont Dr. Joachim Rock, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen. Mit dem Koalitionsvertrag seien an mehreren Stellen echte Verbesserungen für die Betroffenen vereinbart worden, etwa in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Andere dringende Aufgaben – wie die Neuregelung der Bildungs- und Teilhabeleistungen und umfassende Maßnahmen zur Armutsbekämpfung – seien hingegen unberücksichtigt geblieben. Zahlreiche Reformvorhaben gingen in die richtige Richtung, müssten aber im Gesetzgebungsprozess noch stärker auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten werden. Das betrifft etwa den Mindestlohn, der erst 2017 uneingeschränkt in Kraft treten soll, aber auch die beschlossene Mietpreisbremse, die von zusätzlichen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau sowie eine deutliche Wohngelderhöhung flankiert werden müssten.

Der Verband hatte vor der Bundestagswahl mindestens 35 Milliarden Euro an zusätzlichem Bedarf für den Erhalt der sozialen Infrastruktur errechnet und mit der Kampagne „Umfairteilen“ für die notwendige Finanzierung geworben. Im Koalitionsvertrag finden sich dazu Ansätze, die jedoch konkretisiert und ausgebaut werden müssten. Kritisch sieht der Paritätische, dass notwendige Reformen häufig nicht aus Steuermitteln, sondern über Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden sollen. Das belastet Normal- und Geringverdiener überproportional. Der Beschluss zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro bis spätestens 2017 sei ebenfalls zu begrüßen, reiche aber keinesfalls aus, um vielen Berufstätigen im Niedriglohnbereich aus der Abhängigkeit von ergänzenden Grundsicherungsleistungen herauszuhelfen, so Rock. In seiner zusammenfassenden Bewertung der Koalitionspläne stellt der Paritätische fest: Der formulierte Anspruch „Deutschlands Zukunft gestalten“ müsse in der Regierungsarbeit der nächsten Jahre eingelöst werden.

Leerstellen in der Familienpolitik

Für Kinder – insbesondere aus materiell benachteiligten Familien – seien dringende Verbesserungen notwendig. Im gesamten Kapitel zu Familien und Kindern findet sich jedoch nichts zur dringend notwendigen Bekämpfung der Kinderarmut. Der vom Paritätischen für überfällig gehaltene Einstieg in eine bedarfsgerechte Leistungsgestaltung wurde vorerst verpasst. Alle Ansätze für familienfördernde sowie steuerrechtliche Verbesserungen wurden ersatzlos gestrichen.

Nichts zu finden ist im Vertrag auch zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Familien. Das aus Sicht des Paritätischen unzulängliche Bildungs- und Teilhabepaket bleibt in dieser Form erhalten. „Kinder sind aber keine kleinen Arbeitslosen, sie gehören deshalb auch nicht weiter ins Jobcenter“, kritisiert Rock. Er vermisst im Vertrag auch Aussagen zur weiteren Finanzierung der Schulsozialarbeit und des Hortmittagessens. Nun ist zu erwarten, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund 2014 nicht fortgesetzt wird. Auch ein Ganztagsschulprogramm sucht man im Koalitionsvertrag vergebens.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik planen die Koalitionspartner, in der neuen Legislaturperiode insgesamt 1,4 Milliarden Euro zusätzlicher Eingliederungsmittel zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug wird jedoch auch der Kreis der Berechtigten erheblich ausgeweitet. In weiten Teilen werden bereits bestehende oder geplante Vorhaben lediglich erneut bekräftigt, ohne dass es zu einer Neujustierung der Arbeitsmarktpolitik kommt. Vorschläge des Paritätischen für einen sozialen Arbeitsmarkt, mit dem ansonsten chancenlose Langzeitarbeitslose einen Zugang zu geförderter sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erhalten, sind im Koalitionsvertrag nicht aufgegriffen worden. Die arbeitsmarktpolitischen Planungen müssen deshalb um weitere Impulse ergänzt werden.

Nachbesserungsbedarf bei der Armutspolitik

Eine weitere Fehlanzeige betrifft die Armutsbekämpfung. Während das Bundesverfassungsgericht derzeit erneut über die Zulässigkeit der Regelsätze verhandele, ignorierten die Koalitionäre das Thema vollständig, so der Paritätische. Kritisch merkt der Verband an, dass auch die Einbeziehung der Leistungen für Kinder mit Behinderung in die Jugendhilfe und damit die überfällige Herauslösung aus dem Bereich der Fürsorge unterblieben ist. Ebenso auf der Vermisstenliste stehen längst überfällige Verbesserungen beim BAföG und die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

Das umstrittene Betreuungsgeld wird nicht abgeschafft, sodass die dafür notwendigen Mittel nicht in den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung gesteckt werden können. Die Koalitionspartner haben sich zwar auf die vage Formulierung geeinigt, die Qualität der Kindertages-

betreuung voranzutreiben, die Ganztagsbetreuung schrittweise auszubauen und ein drittes Investitionsprogramm zur Realisierung des Rechtsanspruchs von unter Dreijährigen auf einen Betreuungsplatz angekündigt. Konkretes zu diesem Ausbauprogramm gibt es jedoch nicht. Es findet sich auch keine Aussage zur vom Paritätischen geforderten Einführung eines einheitlichen Rechtsanspruchs auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder.

Altersarmut gezielt bekämpfen

Im Bereich der Rentenversicherung planen die Koalitionspartner umfangreiche Leistungsverbesserungen, von denen in der Regel schon jetzt relativ gut gestellte Versicherte profitieren. Positiv ist, dass Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder nachträglich besser honoriert werden, so dass betroffene Eltern eine pro Kind um etwa 28 Euro höhere monatliche Rente bekommen sollen. Auch die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sind zu begrüßen. Die geplante Einführung abschlagsfreier Renten für Menschen mit 45 Beitragsjahren, davon bis zu fünf Jahren der Arbeitslosigkeit, ist dagegen verteilungspolitisch fragwürdig. Von ihr profitieren Personen mit überdurchschnittlich hohen Renten, während die Kosten wesentlich von erwerbstätigen Personen aufgebracht werden, die selbst kaum Aussicht haben, jemals selbst davon zu profitieren – etwa Frauen, die meist die notwendigen Beitragszeiten nicht erreichen. Die für 2017 angekündigte solidarische Lebensleistungsrente richte sich ebenfalls nur an einen eingeschränkten Personenkreis, kritisiert der Paritätische. Weitgehend ausgeschlossen seien bereits berentete Personen, Menschen mit weniger als 40 Versicherungsjahren und Menschen ohne zusätzliche private Vorsorge. Zudem setze die Leistung eine Einkommensprüfung voraus. Der völlige Verzicht auf Maßnahmen zur Stabilisierung des Rentenniveaus wird zudem dazu führen, dass die Höhe der Renten auch künftig sinkt, bis das Mindestsicherungsniveau von derzeit 43 Prozent erreicht ist. Der Wert der Rente wird damit weiter sinken. Damit ist Altersarmut für immer mehr Personengruppen programmiert.

Licht und Schatten in der Gesundheitspolitik

Im Gesundheitsbereich wird der Abschied von der paritätischen Finanzierung festgeschrieben. Während die sozial ungerechten einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge gestrichen werden, wird den Versicherten gleichzeitig die alleinige Finanzierungsverantwortung für künftige Ausgabensteigerungen aufgebürdet, zusätzlich zu deren Belastungen durch Zuzahlungen und Selbstbehalte. Künftig können die Kassen dazu wieder selbst Beiträge festsetzen. Im Detail sehen die Pläne darüber hinaus eine Reihe von Verbesserungen vor, so sollen etwa Leistungslücken beim Übergang von stationärer in die ambulante Versorgung geschlossen werden. Für Erwachsene mit geistiger Behinderung und schweren Mehrfachbehinderungen sollen medizinische Behandlungszentren analog zu den sozialpädiatrischen Zentren zur (zahn-)medizinischen Behandlung geschaffen werden. Die strukturierten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke sollen weiterentwickelt und neue Programme für die Behandlung von Rückenleiden und Depressionen entwickelt werden.

Ein – auch vom Paritätischen gefordertes – Präventionsgesetz soll zudem insbesondere die Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten wie Kita, Schule, Betrieb und Pflegeheim und die betriebliche Gesundheitsförderung stärken und alle Sozialversicherungsträger einbeziehen. Der Beschluss, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umzusetzen, ist grundsätzlich zu begrüßen, er darf jedoch nicht dazu führen, dass der Anspruch auf Leistungen zur häuslichen Krankenpflege eingeschränkt wird. Generell positiv ist auch die Einführung eines Bundesteilhabegesetzes, auch wenn dessen Gestaltung noch unklar bleibt.

Als längst überfälligen Schritt in der Integrationspolitik wertet der Verband die Abschaffung der Optionspflicht. Er kritisiert jedoch die Beschränkung auf in Deutschland geborene Kinder von Migrantinnen und Migranten. Insgesamt hätten Maßnahmen zur Integration unzureichenden Stellenwert.

Der Paritätische kündigte an, sich weiter engagiert mit Vorschlägen für eine auf Teilhabe und Solidarität gerichtete Politik einzubringen.

Wichtiges Angebot zur Integration von Migrantinnen in Existenz bedroht

Das Bundesministerium des Innern will dieses Jahr die Mittel für Frauenkurse für Migrantinnen um fast 60 Prozent kürzen. Damit ist ein aufgrund seiner Niedrigschwelligkeit außerordentlich erfolgreiches Integrationsangebot für Migrantinnen existenziell bedroht. Der Paritätische Gesamtverband hat an die Bundespolitik appelliert, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen.

Kurzfristig wurden die bisherigen Träger der Frauenkurse informiert, dass im Haushalt 2014 rund zwei Drittel der Mittel wegfallen sollen. Nur noch 600.000 Euro statt wie bisher 1,4 Millionen Euro sollen zur Verfügung stehen. Bundesweit wurden 2013 circa 2.000 Kurse durchgeführt, die mindestens 20.000 Teilnehmerinnen erreichten. Die angekündigte Kürzung würde dazu führen, dass künftig für mindestens 12.000 Frauen die Unterstützung entfällt, so Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband.

Die sogenannten Frauenkurse stellen ein besonderes Angebot zur Integration ausländischer Frauen dar. Sie umfassen 20 Unterrichtstunden, an denen mindestens zehn Migrantinnen teilnehmen. Die Kurse richten sich an Migrantinnen, die keine abgeschlossene Berufs- oder Schulausbildung in Deutschland haben. Zielgruppe sind neben den Frauen der ersten Generation auch junge ausländische Frauen und Mütter, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland kommen.

Schritte aus der gesellschaftlichen Isolation

„Für viele Frauen mit Migrationshintergrund ist es ein großer Schritt, sich aus ihrem persönlichen, oft ausschließlich häuslichen und familiären Umfeld heraus in eine völlig neue und unbekannte Situation zu begeben. Die Frauenkurse helfen nachweislich, ausländische Frauen, unabhängig davon, ob sie schon länger hier leben oder erst kürzlich nach Deutschland gekommen sind, vor einer gesellschaftlichen Abseitsstellung zu bewahren“, betont Löhlein. Sie orientieren sich am Alltag und der Lebenswirklichkeit der Frauen und sind daher ein ideales Mittel, um die Frauen bei der Entwicklung ihrer Perspektiven für die Zukunft zu unterstützen. Dies wird beispielsweise durch alltagsnahe Lerninhalte, die kein Vorwissen voraussetzen, die Wahl eines vertrauten Kursortes in Vereinsräumen vor Ort und engagierte Kursleiterinnen gewährleistet, die oft selbst Migrationserfahrungen haben und die Frauen daher optimal auf ihrem Weg unterstützen können.

Frauenhäuser brauchen Sicherheit

Eine verlässliche Finanzierung der rund 350 existierenden Frauenhäuser und zahlreicher Beratungsstellen hat der Paritätische Gesamtverband gefordert. Darüber hinaus müsse endlich ein verbindlicher Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder geschaffen werden, so der Verband.

In einer aktuellen Expertise stellt der Paritätische die schwierige Situation der Frauenhäuser in Deutschland dar und kritisiert massiv die bestehenden Rahmenbedingungen. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Frauenhäuser und Beratungsstellen sei absolut unzureichend und werde weder dem tatsächlichen Bedarf noch den fachlichen Anforderungen gerecht. „Die chronische Unterfinanzierung der Kriseneinrichtungen ist eine Zumutung. Ohne eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung und bundeseinheitliche Regelungen wird es uns nicht gelingen, ein stabiles Unterstützungssystem aufzubauen, das wirklich allen von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern den Schutz und die passgenaue Hilfe bietet, die sie in ihrer konkreten Notsituation brauchen“ so Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock.

Mehr als 20.000 von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder suchen nach Angaben des Verbandes jährlich Zuflucht in Frauenhäusern. Fast jede vierte Frau werde in ihrem Erwachsenenleben mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch einen Beziehungspartner. Rund 42 Prozent aller Frauen seien psychischer Gewalt ausgesetzt. Der Paritätische vertritt rund ein Drittel der 350 Frauenhäuser in Deutschland. Insgesamt engagieren sich unter dem Dach des Verbands über 500 Träger in Initiativen und Einrichtungen für Frauen und Mädchen.

Die Broschüre „Bundesweite Standards für die notwendige Ausstattung und fachliche Arbeit von Frauenhäusern“ steht im Internet auf www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/broschuere_rahmenbedingungen_frauenhaus_web.pdf.

– ausgezeichnet – ausgezeichnet –

Die Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. (blista) in Marburg wurde für ihre herausragenden Leistungen im Bereich der Bildung, Rehabilitation, Teilhabe und Inklusion für sehbehinderte und blinde Menschen aller Altersgruppen mit der Kurt-Alphons-Jochheim-Medaille der (Deutschen Vereinigung für Rehabilitation) DVfR geehrt. Das breite Leistungs- und Unterstützungsangebot der blista ermögliche betroffenen Menschen, lebenspraktische Kompetenzen zu erwerben, um ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben weitgehend ohne fremde Hilfe führen zu können, so die DVfR.

www.blista.de, www.dvfr.de

*

Das Team Startpunkt des Berliner Streetworkvereins Gangway e. V. und der Freien Hilfe Berlin e. V. ist mit dem zweiten Preis des Präventionspreises der Landeskommission Berlin gegen Gewalt ausgezeichnet worden. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt würdigt damit besondere Leistungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Startpunkt betreut junge Menschen aus der Jugendstrafanstalt Berlin vor und nach der Haftentlassung.

www.startpunkt.gangway.de

*

Beim Wettbewerb „Weiterbildung Innovativ 2013“ von Weiterbildung Hessen e. V wurden drei Gewinner für ihre innovativen Bildungskonzepte ausgezeichnet. Der erste Preis ging an den Frankfurter Verein beramí berufliche Integration e. V. für das Mentoring-Projekt „Frauen machen Frauen stark“. Mit dem zweiten Preis wurde das Fort- und Weiterbildungsinstitut (FWIA) der Johanna-Kirchner-Stiftung für das Seminar „Was ich noch mit mir trage“ zur Trauerbewältigung von Pflege- und Betreuungskräften prämiert. Der dritte Preis ging an die Kasseler Organisation BENGI e. V. für das Weiterbildungsangebot „MütterMotivation – Stärkung von Erziehungskompetenzen von Müttern mit Migrationshintergrund“.

www.berami.de, www.bengi-ks.de

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V., in Frankfurt am Main hat den Hessischen Integrationspreis 2013 gewonnen. Die Jury wertete den jahrzehntelangen Einsatz des Verbands zur Unterstützung von Familien und Partnerschaften als richtungsweisend. In hochprofessioneller Weise werde Vielfalt als Bereicherung vermittelt und das Verbindende in den Mittelpunkt gerückt.

www.verband-binationaler.de

*

Die Luise-Kiesselbach-Stiftung hat den erstmals verliehenen Preis für Inklusion ans Sozialteam – Soziotherapeutische Einrichtungen für die Oberpfalz und Niederbayern und den Frauennotruf München vergeben. Für den mit 9.000 Euro dotierten Preis können sich Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Bayern bewerben, die die Inklusion auf die eigene Organisation anwenden.

www.sozialteam.de
www.luise-kiesselbach-stiftung.de
www.frauennotrufmuenchen.de

*

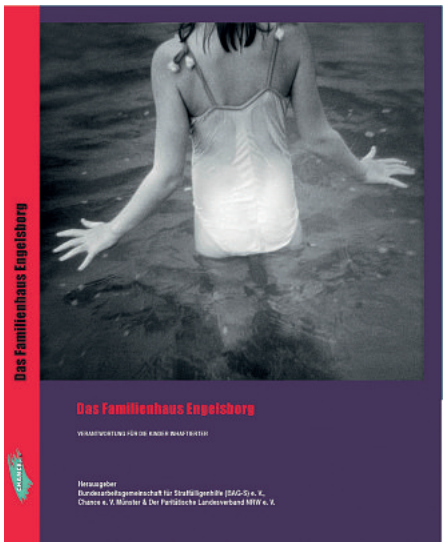
Prof. Dr. Clemens Becker und Priv.-Doz. Dr. Kilian Rapp sind mit dem Theo-und-Friedl-Schöller-Forschungspreis für Altersmedizin geehrt worden. In einer Studie zur Prävention von sturzbedingten Hüftbrüchen bei Heimbewohnern und Heimbewohnerinnen unter Federführung der Klinik für Geriatrische Rehabilitation am Robert-Bosch-Krankenhaus (RBK) in Stuttgart wiesen sie nach, dass sich ein leichtes Trainingsprogramm bereits nach kurzer Zeit positiv auf Balance und Kraft älterer Menschen auswirkt.

www.rbk.de

*

Das Studierendenwerk Mainz hat für seine Initiative „Willkommen in der zweiten Heimat – Wohnen international“ den mit 10.000 Euro dotierten Preis des Auswärtigen Amts für die exzellente Betreuung ausländischer Studierender erhalten.

www.studierendenwerk-mainz.de
www.auswaertiges-amt.de



Verantwortung für die Kinder von Inhaftierten

Sie haben nichts getan – und doch werden sie bestraft: Kinder, deren Eltern straffällig geworden sind und deshalb in Haft sind. Das Buch über „Das Familienhaus Engelsborg“ dokumentiert die Erfahrungen einer Einrichtung, die sich um Kinder straffällig gewordener Eltern kümmert. Sie wurde unter Federführung der Dänischen Behörde für Strafvollzug und Bewährungshilfe gegründet.

Das Buch liefert Anregungen für die Erörterung der Frage, wie die Justizbehörden und die Gesellschaft Verantwortung für die Kinder von Inhaftierten übernehmen können. Es ist für 19,80 Euro zu beziehen über den Eigenverlag Chance e. V. Münster,
Friedrich-Ebert-Straße 7/15,
48153 Münster,
Tel.: 0251/62088,
E-Mail: info@chance-muenster.de,
www.chance-muenster.de.

Neue Spendenformulare

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat gemeinsam mit den obersten Finanzbehörden der Länder die verbindlichen Muster für Spendenbescheinigungen erneut überarbeitet.

Die neuen Muster für Zuwendungsbestätigungen stehen als ausfüllbare Formulare im Internet zur Verfügung unter www.formulare-bfinv.de.

Die Jungs der Frankfurter Trommelgruppe „Gallusdonner“ beeindruckten mit ihrer Vorführung

„Soziale Kultur ist ein kreativer Prozess“

Kinder- und Jugendliche dabei unterstützen, sich aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung zu beteiligen, mitzureden und mitzubestimmen – das ist ein wichtiges Aktionsfeld des Paritätischen Bildungswerks Bundesverband e. V. Ein Fachtag in Frankfurt am Main bot jetzt zahlreichen Projekten, die sich für die Jugendpartizipation einsetzen, ein Forum, sich und ihre Arbeit vorzustellen. Darunter waren auch lokale Bündnisse, die beim neuen Programm „JEP – Jugend engagiert“ mitmachen.

JEP ist ein bundesweites Projekt kultureller Jugendbildung, das als Teil des Programms „Kultur macht stark“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird und mindestens bis 2015 läuft, voraussichtlich aber sogar bis 2017, wie Uwe Weppler, Geschäftsführer des Paritätischen Bildungswerks, betonte. Das Paritätische Bildungswerk Bundesverband ist ebenso wie der Paritätische Gesamtverband einer der bundesweiten Projektträger von „Kultur macht stark“, das zum Ziel hat, die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu stärken. Mit JEP hat das Bildungswerk ein Programm für die Altersgruppe der pubertierenden Jugendlichen maßgeschneidert, die – so Weppler – „ihren eigenen Kopf und ihre eigenen Themen haben“. JEP soll ihnen ermöglichen, diese in die Projekte einzubringen, sich als Persönlichkeit zu präsentieren und gleichzeitig etwas für andere zu tun, indem sie beispielsweise Theaterstücke oder Musicals in Begegnungszentren, Schulen oder Altenheimen vorführen. „JEP soll auch Freude zu den Menschen bringen“, hob Uwe Weppler hervor. Er betonte zugleich, dass es im Rahmen der Projektförderung auch möglich sei, neue Dinge zu entwickeln: „Soziale Kultur ist ein kreativer Prozess. Man muss nicht schon sofort zum Beginn etwas Tolles auf die Bühne stellen.“

Anregungen für vielfältiges Projektengagement boten bei der Tagung die Jungs der Trommelgruppe Gallusdonner und die Theatergruppe Kreidekreis (beide aus Frankfurt am Main) sowie mehrere lokale Bündnisse, die in Workshops ihre Konzepte präsentierten, darunter beispielsweise das Paritätische Bildungswerk in Thüringen mit „Klassik wird bunt – Jugend bewegt“. In einem „Bündnis für Bildung“ strebt es eine Verbindung zwischen Theaterpädagogik und moderner Tanzkultur in Kombination mit der Landeskultur in Thüringen an. Kelebek ist Türkisch und bedeutet Schmetterling. So heißt der deutsch-türkische Mädchenchor, der in Lübeck vom Bündnis für Bildung initiiert wurde, dem Tontalente e. V., das internationale Mädchen- und Frauenprojekt Tara e. V., die Trave Grund- und Gemeinschaftsschule, das Schulnetzwerk Kücknitz und der Nachbarschaftstreff angehören.

Vorgestellt wurden zudem mehrere Projekte des Paritätischen Bildungswerks Bundesverband, die nach dem Wegfall des Zivildienstes erfolgreich das Ziel verfolgen, Jungs und junge Männer für soziale Berufe zu interessieren, wie Josef Schädle, Vorsitzender des Paritätischen Bildungswerks Bundesverband, betonte. Unter anderem das Schülerfreiwilligenprojekt „Soziale Jungs SoKo“. (Mehr Infos: www.bildungswerk.paritaet.org)

Wissenswertes zum Projekt JEP – Jugend engagiert

JEP richtet sich an „lokale Bündnisse“, das sind Netzwerke aus mindestens drei lokalen Trägern oder Organisationen, die sich verbindlich auf eine Projekt-Kooperation einigen und die Angebote für Jugendliche im Alter von zwölf bis 18 Jahren gemeinsam planen und umsetzen. Dies können beispielsweise Träger der Jugendhilfe, Schulen und Kultur-/Künstlervereine sein. Eine Institution des Bündnisses stellt beim Bildungswerk den Antrag auf Förderung; dieser Antragsteller muss gemeinnützig sein.
Die Angebote für die Jugendlichen können von Gruppenstunden über eintägige Workshops bis zu mehrtägigen Ferienfreizeiten reichen. Gefördert werden können Angebote aus allen Bereichen der darstellenden Kunst und Musik – von Theater über Tanz, Film und Hörspiel bis hin zum Musical. Förderfähig sind Honorare für Referentinnen und Referenten (beispielsweise Gruppenleitung, theaterpädagogische Kräfte), Aufwandsentschädigungen für Freiwillige und Sachkosten bis zu 50.000 Euro jährlich. Bei insgesamt fünf Projektjahren kann ein Antragsteller so mit bis zu einer viertel Million Euro gefördert werden. Von 2014 an werden die Projekte auch wissenschaftlich begleitet.

Kernelemente des Konzepts

Genderaspekt: die Angebote sollen in geschlechtshomogenen Gruppen durchgeführt werden. Ausnahmen sind möglich, sofern besondere künstlerische oder pädagogische Gründe vorliegen und geschlechtssensibel gearbeitet wird.
Partizipation: Die Jugendlichen sollen an der Gestaltung und Durchführung des Angebots aktiv beteiligt sein und sich einbringen können.
(Selbst)präsentation im Team: Die Jugendlichen sollen die Ergebnisse ihrer Arbeit öffentlich, in der Regel in sozialen Einrichtungen, präsentieren.
Engagement: Freiwillige sollen nach Möglichkeit als Mentor/-innen die Arbeit im Projekt unterstützen. Zugleich werden die teilnehmenden Jugendlichen an freiwilliges Engagement herangeführt.
Praktische Qualifikation: Die Jugendlichen sollen die jeweilige Kunstform auch „hinter den Kulissen“ kennenlernen und an der praktischen Umsetzung, Logistik, Requisite etc. mitwirken.
Die Antragstellung im Rahmen des Projekts ist jederzeit möglich.
Weitere Informationen und einen Überblick über bereits geförderte Projekte finden Interessierte auf der Internetpräsenz www.jep-kultur.de.

Erster inklusiver Popsong auch als Videoclip

Musik, Gesang, Gebärden und zuschaltbare Untertitel – das Video mit dem ersten inklusiven Popsong Deutschlands mit dem Titel „Inklusion“ kann jeder und jede verstehen. Das Video entstand auf Initiative des Netzwerks Inklusion Frankfurt und der Band Blind Foundation. Über 100 Protagonisten mit und ohne Behinderung haben den Song mit Gestik, Mimik und Gebärdensprache übersetzt. Der Songtext stammt von Alexandra Cremer, Sprecherin des Netzwerks Inklusion; die Musik und Melodie komponierte die Blind Foundation, eine Band aus sehenden und blinden Musikern. Die Blind Foundation ist ein Projekt der Frankfurter Stiftung für Blinde und Sehbehinderte. „Wir wollten das Thema Inklusion mit einem massentauglichen Popsong in das Bewusstsein der Menschen bringen“, so Alexandra Cremer. Um den Song und dessen Botschaft noch bekannter zu machen, wurde das Video produziert, das auch über die sozialen Netzwerke schnell und einfach verbreitet werden kann. Auf Youtube ist es unter dem Stichwort Blind Foundation – Inklusion zu finden. „Es ging uns nicht darum, in dem Clip den moralischen Zeigefinger zu heben, sondern am Ende ein Video zu haben, das Spaß macht“, betont Markus Hofmann, Bassist und Bandleader der Blind Foundation.

Anzeige

Die arbewe ist eine Gesellschaft der Arbeiterwohlfahrt Nürnberg.

Wir bieten ein differenziertes Arbeits-, Beschäftigungs-, Wohn- und Beratungsangebot für Menschen mit einer psychischen Erkrankung und sind auch in der integrierten sozialpsychiatrischen Gesundheitsversorgung tätig.

Dieses Angebot der arbewe gilt es auch unter veränderten Rahmenbedingungen in der Eingliederungshilfe weiterzuentwickeln: Für Selbstbestimmung, gleichberechtigte Teilhabe und eine inklusive Gesellschaft.

Für diese Aufgabe suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen:

Geschäftsführerin/Geschäftsführer

Wir suchen eine Persönlichkeit mit sozialer und demokratischer Haltung,

- die die arbewe im Sinne der Grundwerte der Arbeiterwohlfahrt führt und gestaltet,
- die mit sozialpolitischem Engagement und mit Tatkraft die Entwicklung der arbewe vorantreibt
- und die die Weiterentwicklung mit kaufmännisch-betriebswirtschaftlichem Geschick sichert.

Alle Informationen zu dieser Stellenausschreibung finden Sie unter:

www.arbewe.de/ueber-uns/stellenangebote/

Der Tiergarten Nürnberg wird zum Vorbild in Sachen Inklusion

Die Gesellschaft muss es Menschen mit Behinderung ermöglichen, am öffentlichen Leben teilzuhaben. Diese Inklusion schreibt die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung fest. Doch wie geht Inklusion in der Praxis? Der Paritätische Bezirksverband Mittelfranken zeigt es in einem Kooperationsprojekt mit dem Tiergarten Nürnberg.

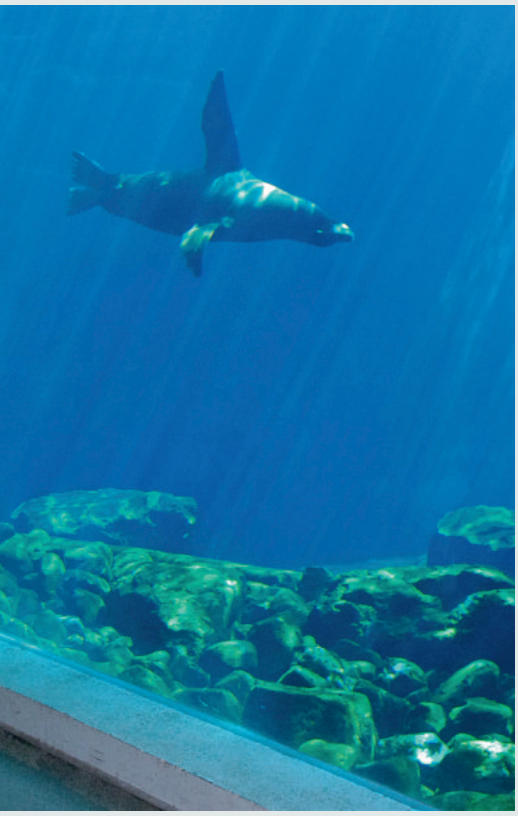
Blinde, schwerhörige und kleinwüchsige Menschen, Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer sowie Menschen mit geistigen Behinderungen aus allen Altersgruppen untersuchten bei gemeinsamen Begehungen im Zoo: Wo erleben sie Barrieren? Wo schränken bauliche, auditive oder visuelle Barrieren ihre Beweglichkeit und damit ihre Teilhabe ein? Wo beeinträchtigen emotionale Barrieren ihre Orientierung oder Mobilität?

Sie fanden jede Menge. Zwar ist die bewaldete Felslandschaft am Nürnberger Schmausenbuck ein idealer Platz für weitläufige artengerechte Tiergehege. Doch für Menschen mit Behinderungen sind die teils steilen Wege eine echte Herausforderung. Menschen im Rollstuhl, kleinwüchsige Menschen und Kinder können zwar die eindrucksvollen Felsen im Freigehege der Löwen bestaunen, doch von den Tieren selbst sehen sie nichts. Es sei denn, jemand hebt sie über die circa ein Meter hohe Mauer aus dicken Sandsteinquadern. Solche Einschränkungen wurden notiert, mit Tiergartendirektor Dag Encke besprochen und von einer Projektgruppe ausgewertet, an der (Selbsthilfe-)Organisationen, Behindertenverbände, Förderschulen, Stiftungen, Vereine und Kommunalvertreter beteiligt waren.

Im Detail kann Inklusion schwierig sein. So brauchen zum Beispiel sehbehinderte Menschen fühlbare Leitsysteme, diese dürfen jedoch für Rollatoren oder Rollstühle nicht zum Hindernis werden. Nach neun Monaten Arbeit hält ein detaillierter Sachbericht fest, was verbessert werden kann und was nicht. So muss zum Beispiel die meterhohe Sandsteinmauer am Löwengehege bleiben. Sie schützt seit der Anlage des Zoos im Jahr 1939 vor möglichen Attacken der Tiere und steht mittlerweile unter Denkmalschutz.

Unterschiedliche Bedürfnisse bedenken

Dafür bemühte sich der Tiergarten schon in der Vergangenheit bei Neuerungen, verschiedene Bedürfnisse unter einen Hut zu bekommen. In allen neu angelegten Gehegen wie dem Aquapark mit Seelöwen und Eisbären oder der Lagune mit Delfinen und Manatis (Seekühen) gewähren Plexiglasscheiben Schutz und Durchblick zugleich. Durch das Kooperationsprojekt mit dem Paritätischen wurden weitere Möglichkeiten gefunden, bei allen Neuerungen die unterschiedlichen Bedürfnisse grundsätzlich mit zu bedenken. Beispiel: der Wegeplan. Schon immer begrüßte ein Gehegeplan die Besucher und Besucherinnen des Tiergartens am Eingang. Witterungsbedingt wird er von Zeit zu Zeit erneuert. Das nächste Mal jedoch durch ein Relief in 3D-Druck zum Ertasten: Hilfe für Blinde und Spaß für Kinder. „Inklusion bedeutet nicht nur Menschen mit Behinderungen Teilhabe zu ermöglichen, sondern die Bedürfnisse aller in Einklang zu bringen“, erklärt Christiane Paulus, Geschäftsführerin des Paritätischen Mittelfranken. Den Wegeplan sieht sie dafür als Paradebeispiel. Auch die Druckversion verzeichnet nun, welche Wege leicht, mäßig oder stark ansteigen. Davon profitieren Eltern mit Kinder- oder Bollerwagen genauso wie Gäste mit Rollstuhl oder Rollator. Weiteres Beispiel: Sitzgelegenheiten. Zu den rund 200 bestehenden Bänken kommen nach und nach Sitzgelegenheiten in unterschiedlicher Höhe hinzu: niedrige für Kleinkinder, in üblicher Höhe für Erwachsene und



etwas höhere für alle, die sich nur leicht absetzen wollen. Denn gerade Ältere haben häufig Schwierigkeiten, aus üblicher Sitzhöhe aufzustehen. Zu den Fernzielen zählt ein Audioguide, der in verschiedenen Sprachen über die Tiere informiert, durch die Wege navigiert und Notrufe absetzen kann. Derzeit laufen die Verhandlungen, diesen Audioguide als App fürs Handy zu ermöglichen, natürlich zum Herunterladen oder Ausleihen. Heute zählt der Tiergarten Nürnberg „nur“ zu den landschaftlich schönsten, bald wird er auch noch zum Vorbild in Sachen Inklusion. Das wird die Anpassung weiterer öffentlicher Einrichtungen erleichtern.

Kontakt

Der Paritätische Bayern
Bezirksverband Mittelfranken
Christiane Paulus
Spitalgasse 3
90403 Nürnberg
Tel: 0911/20565-415
E-Mail: christiane.paulus@paritaet-bayern.de
www.paritaet-bayern.de

Bundesweites Hilfetelefon für Menschen mit Messie-Syndrom

Das H-TEAM e. V. München hat für Menschen, die nicht aufhören können zu sammeln und dabei Gefahr laufen, die Wohnung und ihre sozialen Kontakte zu verlieren, ein bundesweites „Messie-Hilfe-Telefon“ eingerichtet. Die Beraterinnen und Berater sind dienstags von 9 bis 12 Uhr und donnerstags von 15 bis 18 Uhr bundesweit telefonisch unter der Nummer 089/55064890 erreichbar. Der außerhalb dieser Zeiten geschaltete Messie-Hilfe-Telefon-Anrufbeantworter wird täglich abgehört. Außerdem ist die Kontaktaufnahme per E-Mail an messie@h-team-ev.de möglich. Am Telefon sitzen ausschließlich Beratungskräfte, die über eine lange Erfahrung im Umgang mit Betroffenen verfügen. Das anonyme Hilfe-Angebot, das rein über Spenden finanziert wird, können auch Angehörige nutzen. Es umfasst neben der Fachberatung auch Gespräche darüber, wie erste Schritte aus der Isolation getan werden können. „Wir wollen Mut zur Veränderung machen. Wir wissen, dass der erste Schritt meistens der schwierigste ist“, sagt Wedigo von Wedel, Messie-Experte und seit 1995 beim H-TEAM e. V.

Der Verein H-TEAM bietet seit über 23 Jahren „Ambulante Wohnungshilfe“ für Menschen mit Messie-Syndrom. Mit seinem speziellen Hilfeangebot versucht er, Kündigungen oder Räumungsklagen abzuwenden, Obdachlosigkeit zu vermeiden und damit Heimunterbringung und Verlust der eigenen Wohnung zu verhindern sowie die Wohnsituationen zu verbessern.

Darüber hinaus hat der Verein das Ziel, ein umfassendes Dienstleistungsnetz für Menschen bereitzustellen, die Hilfe benötigen, weil Krankheit, Unfall, Alter oder andere Schicksale sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt haben.

Zum Angebot gehören unter anderem:

- Ambulante Wohnunterstützung für Menschen, die sich nicht mehr allein versorgen können
- Betreutes Einzelwohnen für psychisch kranke Menschen
- Ein Betreuungsverein für Menschen, die wegen Krankheit oder Behinderung ihre Angelegenheiten nicht selbst regeln können
- Schuldnerberatung für Menschen, die sich in finanzieller Not befinden
- Rechtsberatung für Münchnerinnen und Münchner, die außergerichtliche Unterstützung durch einen Rechtsanwalt brauchen

Kontakt:
H-TEAM e. V.
Plinganserstraße 19
81369 München
Tel.: 089/7473620
E-Mail: messie@h-team-ev.de
www.h-team-ev.de

Nachweis von Vorsorgemaßnahmen ist kostenfrei

Ärzte dürfen für den Nachweis von Vorsorgemaßnahmen seit Oktober 2013 laut Bundesmantelvertrag der Ärzte keine Gebühr mehr verlangen – darauf weist die Unabhängige Patientenberatung hin. Bei vielen Krankenkassen erhalten Versicherte eine Belohnung für gesundheitsbewusstes Verhalten. Geldprämien und Sachleistungen winken für Vorsorge und Früherkennungsuntersuchungen. Nachgewiesen werden diese bei der Kasse durch Stempel und Unterschrift des Arztes in einem Bonusheft. Die UPD erfährt jedoch immer wieder von Ärzten, die von ihren Patienten ein Entgelt von bis zu fünf Euro fordern.

Weitere Fragen beantwortet die UPD kostenfrei am Telefon (Deutsch: 0800 01177-22, Türkisch: - 23, Russisch: - 24) und in 21 Beratungsstellen bundesweit. Die UPD berät per Gesetz neutral und kostenlos zu allen Gesundheitsfragen: www.upd-online.de.

Filmtipp

Inklusion in der Jugendarbeit

Gute Beispiele inklusiver Arbeit aus Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Jugendwerks NRW zeigt die DVD „ININ – Initiativen und Inklusion“. Der Film mit einer Spieldauer von 24 Minuten lässt neben Fachkräften aus der inklusiven Jugendarbeit auch die Jugendlichen selbst zu Wort kommen – sowohl mit als auch ohne Behinderung. Produziert wurde die DVD vom Medienprojekt Wuppertal e. V., einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen Jugendwerks NRW.
Einen Trailer finden Interessierte auf der Website www.pjw-nrw.de.
Die DVD kann für zehn Euro beim Paritätischen Jugendwerk NRW bestellt werden per E-Mail an lehmler@paritaet-nrw.org.

Mit meinen Freunden durch das Jahr

13 Mädchen und Jungen mit einer körperlichen Behinderung haben einen Kunstkalender für 2014 gestaltet, den jetzt der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V. kostenlos vertreibt. Der Kalender kann bestellt werden unter Tel.: 06294/4281-70 oder per E-Mail an: kalender@bsk-ev.org.

www.bsk-ev.org

Videoclips von der ConSozial

„Soziales unternehmen: Zwischen Grundsatz und Umsatz“ lautete das Motto der ConSozial 2013 – Fachmesse und Congress des Sozialmarkts in Nürnberg. Den Eröffnungsvortrag hielt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, unter der Überschrift „Soziale Arbeit braucht Vertrauen“. Eine Aufzeichnung der Rede ist als Videoclip auf dem Youtube-Kanal des Paritätischen zu finden unter www.youtube.com/user/DieParitaeter?feature=watch
Ferner gibt es einen Beitrag mit dem Titel „Schuberts Unvollendete und die pädagogische Frage“ und einen Mitschnitt einer Diskussion am Stand des Paritätischen mit Margit Berndl vom Paritätischen Bayern mit Ulrich Schneider und Rainer Höll von Ashoka Deutschland.

Einblicke ins „Abenteuer Erziehungsstelle“

Rund 40.000 Kinder und Jugendliche haben die Jugendämter in Deutschland 2012 in Obhut genommen. Das war laut Statistischem Bundesamt gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um fünf Prozent. Mit einem Anteil von 43 Prozent war die Überforderung der Eltern beziehungsweise eines Elternteils der häufigste Anlass für die Inobhutnahme. Für 12.800 Minderjährige (32 Prozent) schloss sich der Statistik zufolge an die Inobhutnahme eine Hilfe zur Erziehung an: In drei von vier Fällen bedeutete das eine Erziehung außerhalb des eigenen Elternhauses, zum Beispiel in einer Pflegefamilie, bei einer Erziehungsstelle oder in einem Heim.
Vitos Kalmenhof im hessischen Idstein ist ein Träger der Jugendhilfe, der im Auftrag der Jugendämter für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche, die nicht bei ihren Eltern aufwachsen können, passende Erziehungsstellen sucht und diese bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe begleitet und unterstützt. Erziehungsstellen sind Pflegefamilien, in denen ein Elternteil über eine pädagogische oder psychologische Qualifikation verfügt. Das können zum Beispiel Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte oder Psychologen sein, aber auch Menschen mit einer vergleichbaren praktisch erworbenen Professionalität. Der Begriff Familie bezieht zudem auch Paare in gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaft oder Alleinerziehende ein.

Interviews mit 14 Eltern

Einen ausführlichen und sehr praxisnahen Einblick in die Erfahrungen von Erziehungsstellen-Eltern ermöglicht die von Vitos Kalmenhof herausgegebene Broschüre „Innenansichten“. Darin protokolliert Autorin Ursula Günther Interviews mit 14 Pflegefamilien, die schildern, was sie motiviert hat, ihr Haus und Herz einem Kind aus einer anderen Familie zu öffnen, wie sich der Alltag mit Pflegekindern gestaltet, was gut oder schlecht läuft und was ihnen die Kraft gibt, auch schwierige Phasen und Situationen durchzustehen.
In der Einleitung beschreibt Ursula Günther zudem näher, was genau Erziehungsstellen sind, die es in Hessen seit mehr als 40 Jahren gibt, und welche besonderen Herausforderungen diese ganzheitlich orientierte Jugendhilfemaßnahme mit sich bringt.
Die 86 Seiten starke und illustrierte Broschüre kann für 11,95 Euro bestellt werden per E-Mail an jugendhilfe.idstein@vitos-kalmenhof.de oder per Telefon: 06126/945128.

„Liebe lebenslänglich“

Wie Eltern ihre Kinder sehen – und umgekehrt

Wie schon in ihrem Buch „Ein gutes Leben: 20 Begegnungen mit dem Glück“ dokumentiert Ursula von Arx auch in „Liebe lebenslänglich“ erzählte Lebensgeschichten. In Gesprächen mit Töchtern, Söhnen und ihren Eltern zeichnet sie authentisch und wertfrei die komplexen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern. Alle sind mehr oder minder von Widersprüchen, Missverständnissen und Enttäuschungen begleitet und können doch auch von Nähe und Gemeinsamkeiten geprägt sein – trotz aller Hindernisse. Und sie sind unausweichlich. Nur in einem Fall hat der Sohn mit dem Vater völlig gebrochen. Ganz losgeworden ist er ihn dennoch nicht. Auch in der zwanghaften Gegensätzlichkeit ist der Vater präsent. Und der „verlorene Sohn“ erkennt an sich Charakterzüge des Vaters.

Die Pubertät als Scheidepunkt

Die unterschiedlichen Einschätzungen über die Beziehung spiegeln Mutter Heike und Sohn Arne. Was die Mutter als Hingabe, Hilfe und Anregungen beschreibt, erlebt der Sohn als Übergriff, Einmischung und meckernde Befehle. Eine traurige, aber häufige Familiengeschichte. Insbesondere zeitweise und vor allem in der Pubertät. Die Pubertät, Scheidepunkt der Eltern-Kind-Beziehung. „Was es heißt Kinder zu haben, weiß man erst, wenn sie in die Pubertät gekommen sind“, sagt Maria, Mutter eines Sohnes.

Kaum hat man sich an das eine Wesen gewöhnt, steht schon ein anderes mit demselben Namen vor einem

„Eltern wissen, dass sie sich einem Wesen in die Hand geben, das sich rasant verändert, viel schneller und radikaler als sie selbst, und wer weiß, wohin. Kaum haben sie sich an ein Kind gewöhnt – an das Baby, die Schülerin, den Halbwüchsigen – schon ist es Erinnerung, und jemand Neues gleichen Namens steht vor ihnen. ... Enttäuschungen sind vorprogrammiert.“ Wissen Eltern das? Sie müssen es lernen. Und akzeptieren. Denn wahre Mutter-(Eltern-)Liebe besteht darin, für das Wachstum des Kindes zu sorgen, und das bedeutet, dass die Mutter selbst wünschen muss, dass das Kind von ihr loskommt, schrieb schon Erich Fromm in der „Kunst des Liebens“.

Adriana befreit sich durch Magersucht von ihrer Mutter. Sie stellt fest, dass die scheinbar starke Mutter selbst hilflos ist. Und sie lernt, dass sie sich nur selbst helfen kann. Dennoch ist ihr heute wichtig,

dass sie weiß: Die Familie steht hinter ihr. Unabhängigkeit und Sicherheit zugleich – das Versprechen der gelungenen Familie?

In jedem Fall ist die Entscheidung für ein Kind ein Abenteuer, bei dem es kein Zurück gibt. „Die Verbindlichkeit ist radikal. Wer Vater oder Mutter wird, sucht Liebe lebenslänglich.“

14 Doppelporträts, nicht repräsentativ, nicht verallgemeinerbar, so vielfältig wie Biografien und Familien eben sind.

Ursula von Arx: Liebe, lebenslänglich: Wie Eltern ihre Töchter oder Söhne sehen – und umgekehrt, Verlag Kein & Aber, 19,90 Euro, ISBN-10: 3036956786

ela

impressum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718
Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
Internet: www.der-paritaetische.de
E-Mail: nachrichten@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424
Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Verantwortlich für die Landesseiten:
Brandenburg: Andreas Kaczynski, Tel.: 0331/28497-0
Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220
Mecklenburg-Vorpommern: Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
Sachsen: Thomas Neumann, Tel.: 0351/4916654
Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-231

Titelbilder: Studentenwerke Bodensee und Köln
BildPix.de | Fotolia.com
typogretel | photocase.com

Für Aufsätze und Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion. Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.
Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:
Der Paritätische – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin
Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft, Mainz, Kto-Nr. 70 39 500 (BLZ 550 205 00)

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH, Schwanheimer Straße 110, 60528 Frankfurt am Main

ClimatePartner°
klimaneutral
Druck | ID: 10047-1312-1001

FSC www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C016059

Erlebnisausstellung „Geht doch!“ in Hamburg

Noch bis zum Freitag, 21. April 2014, ist in Hamburg im Hamburg Museum die Erlebnis-Ausstellung „Geht doch!“ zu sehen. Anhand von poetischen Inszenierungen, Interaktionen und Medieninstallationen können die Besucherinnen und Besucher in Lebenswelten von Menschen mit und ohne Handicap eintauchen und spielerisch deren Alltag erleben. Historischer Anlass und Hintergrund der Ausstellung ist das 150-jährige Bestehen der Stiftung Alsterdorf.
Nähere Informationen gibt es auf der Homepage www.alsterdorf.de.

Familienerholung auf dem Weg

Familienerholung hat den Anspruch dazu beizutragen, den familiären Zusammenhalt zu stärken, Familien zu entlasten, Krisen vorzubeugen und über Hilfen zu informieren. Um aktuelle Entwicklungen in der Familienerholung geht es bei einem Fachtag des Deutschen Vereins am Dienstag, 6. Mai 2014. Der Titel: Familienerholung auf dem Weg – Weiterentwicklungsbedarfe und -möglichkeiten. Nähere Informationen erhalten Interessierte auf der Internetseite www.veranstaltungen.deutscher-verein.de oder unter der Rufnummer 030/62980-605.

Barrierefrei zur Integration

Die ursprünglich für Oktober geplante Tagung des Paritätischen Bildungswerks Bundesverband e. V. zum Thema „Chancengleichheit, Teilhabe, Inklusion – Neue Formen der Unterstützung“ musste verschoben werden. Die Tagung des Projekts „Migrant_innen – barrierefrei zur Integration“ findet jetzt am 21. Februar 2014 von 11 bis 16 Uhr im Ka Eins Tagungszentrum in Frankfurt am Main statt. Zielgruppen sind haupt- und ehrenamtlich Aktive aus Migrantenselbstorganisationen, Einrichtungen von/für Menschen mit Behinderungen, Initiativen, Selbsthilfegruppen und Netzwerken.
Das Projekt „Migrant_innen – barrierefrei zur Integration“ sensibilisiert einerseits Einrichtungen der Behindertenhilfe in Hessen für die spezifische Situation und die Belange chronisch kranker oder behinderter Menschen mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig sollen Migrantenselbstorganisationen wie Eltern- und Kulturvereine, Moschee-Vereine und andere Migranteninitiativen dafür gewonnen werden, sich mit Förderschulen, Werkstätten für Menschen mit Behinderung und ähnlichen Einrichtungen zu vernetzen.
Bei der Tagung geht es um folgende Fragen: Was sind Erfolgsfaktoren für Chancengleichheit, Teilhabe und Inklusion? Welche guten Modelle gibt es in Einrichtungen, Organisationen und Initiativen.
Nähere Informationen erhalten Interessierte im Tagungsbüro per E-Mail an stellmacher@pb-paritaet.de oder telefonisch unter der Rufnummer 069/6706-220.

ConSozial 2014

Die 16. ConSozial wird am 5. und 6. November 2014 in Nürnberg stattfinden. Im Mittelpunkt stehen vor allem neue Entwicklungen und Trends für das Management, die Finanzierung und fachliche Konzeption sozialer Organisationen, innovative Ansätze der Personalentwicklung sowie sonstige modellhafte Lösungen, die für neue Impulse in der Praxis sorgen.
Nähere Infos: www.consozial.de,
E-Mail: info@consozial.de.

Altenpflege 2014

Altenpflege 2014, die Leitmesse der Pflegewirtschaft, findet vom Dienstag, 25., bis Donnerstag, 27. März 2014, auf dem Messegelände Hannover statt. Sie ist dieses Jahr um das Kompetenzzentrum Küche und Hauswirtschaft erweitert. Aussteller präsentieren auf der Altenpflegemesse Trends und Innovationen aus den Bereichen Pflege, Therapie, Textilien und Bekleidung, Raumeinrichtung und Informationstechnologie. Nähere Infos: www.altenpflege-messe.de.

Sozialpsychiatrische Dienste im Sozialraum

Die Rolle der Sozialpsychiatrischen Dienste im Sozialraum steht im Mittelpunkt einer Fachtagung des Netzwerks Sozialpsychiatrischer Dienste in Deutschland. Sie findet unter der Überschrift „Segel setzen 2014“ am Donnerstag, 20., und Freitag, 21. März 2014, im Stadtteilzentrum KroKuS in Hannover statt. Der Paritätische Gesamtverband gehört ebenso wie die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie zu den Mitveranstaltern der Tagung.
Neben Vorträgen gibt es Workshops unter anderem zu folgenden Themen: Sozialraumorientierung in der sozialen Arbeit, Gemeinwesenarbeit und regionale Versorgungsverpflichtung, sozialpsychiatrisches Arbeiten in ländlichen Regionen, Angehörigenarbeit im Sozialpsychiatrischen Dienst und Stärkung der Selbsthilfefreundlichkeit als Beitrag zur Entstigmatisierung.
Nähere Informationen gibt es bei der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.
Fenskeweg 2
30165 Hannover
Tel.: 0511/3500052
E-Mail: info@gesundheit-nds.de
www.gesundheit-nds.de.